

## III.

**Die Entwicklung der staatlichen Kongrua-Gesetzgebung in Österreich.<sup>1)</sup>**

Von

Herrn Bezirksrichter Dr. **Julius Bombiero-Kremenáč**  
in Mödling bei Wien.

**I. Verordnungen in Kongruasachen in der Zeit  
vor Kaiser Joseph II.**

Vor Joseph II. beschäftigte sich in Österreich die weltliche Gesetzgebung verhältnismäßig nur selten mit der Regelung des standesgemäßen Minimaleinkommens der Seel-

---

<sup>1)</sup> Über die allgemeine kirchenrechtliche Entwicklung der Kongrua vgl. Julius Bombiero-Kremenáč, Geschichte und Recht der „portio congrua“ mit besonderer Berücksichtigung Österreichs, in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abteilung Bd. XI, 1921, S. 31 ff. — Als Vorarbeit für die vorliegende Untersuchung fand sich die sehr gedrängte rechtsgeschichtliche Darstellung unseres Gegenstandes im zweiten Abschnitte des trefflichen Artikels „Kongrua“ von Heinrich Singer im Österreichischen Staatswörterbuche, Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes, herausg. von Mischler-Ulbrich, 2. Aufl., III. Bd., Wien 1907, S. 149. — Wertvolles rechtsgeschichtliches Material enthält der Motivenbericht zum Gesetz vom 19. April 1885, R.-G.-Bl. Nr. 47 (Beilagen zu den stenogr. Protokollen des Abgeordnetenhauses, IX. Session, Nr. 111), abgedruckt bei Burekhard, Gesetze und Verordnungen in Kultussachen, 3. Aufl., Wien 1895, 2. Abt., S. 225. — Im übrigen beschäftigte sich die Literatur bisher hauptsächlich mit der Darstellung des jeweils geltenden Rechtes in Kongruasachen, ohne auf die rechtsgeschichtliche Entwicklung weiter einzugehen. Auf die einschlägige Literatur wird in den Anmerkungen hingewiesen. — Bemerkt sei, daß sich die vorliegende Untersuchung auf die Entwicklungsgeschichte der den katholischen Seelsorgeklerus betreffenden Kongrua-Gesetzgebung beschränkt. Bezüglich der Vorschriften über die Kongrua der griechisch-orientalischen Geistlichkeit vgl. etwa Singer a. a. O. S. 159/160.

sorger, mit der „Kongrua“ oder, wie sie auch in manchen älteren Erlassen genannt wurde, mit der „portio canonica“. Erst mit Beginn des 18. Jahrhunderts finden sich darauf bezügliche Anordnungen. So bestimmten die „Observationes pro Directione“ zum Ah. Reskript vom 28. April 1724, daß bei Neuerrichtung von Pfarren „gleich vom Anfange mit dem Herrn Erzbischofe zu stabiliren ist, und man ausmache die Portionem canonicam eines Pfarrers, um sich darnach wissen zu reguliren“.<sup>1)</sup> Eben dieses Reskript ordnet, „da in dem Königreiche Böhmen die leidige Ketzerey in verschiedenen Orten annoch glimmet, . . . zur Ausrottung dieses Unheils“ als „nothwendigstes und zulänglichstes Mittel“ eine Vermehrung der Pfarren in Böhmen an. Wohl zu dem Zwecke, um bei solchen Pfarrgründungen eine gewisse Grenze für die nötige Dotation zu bekommen, setzten die Hofdekrete vom 21. April und 16. Oktober 1727<sup>2)</sup> die Höhe der Kongrua der Pfarrer auf 300 Gulden fest und bestimmten zugleich, ebenso wie die viel spätere Gubernialverordnung vom 23. November 1769<sup>3)</sup>, daß die Stoleinkünfte in die Kongrua nicht einzurechnen sind, welche Vorschrift die letztgenannte Gubernialverordnung damit begründet, daß die Stoleingänge „nicht wohl pro parte Foundationis, sondern vielmehr für ein ungewisses Accidentale anzusehen seyen“. Die Kongrua sollte eben ein sicheres Einkommen darstellen, weshalb auch die beiden angeführten Hofdekrete vom Jahre 1727 weiter vorschrieben, daß wenigstens zwei Drittel der „portio canonica“ durch den Ertrag der Benefizialfrüchte gesichert sein sollten: das letzte Drittel konnte

<sup>1)</sup> Peter Karl Jaksch, Gesetzlexikon im Geistlichen, Religions- und Toleranzfache für das Königreich Böhmen von 1601 bis Ende 1800 (Bd. I—VI) und von 1801 bis Ende 1825 (Bd. VII—X), Prag 1828—1830, IV. Bd., S. 371 Punkt 6. (Dieses Werk wird im folgenden zitiert als Jaksch unter Beisetzung der Band- und Seitenzahl.) — Hier sei auch bemerkt, daß die älteren durch „ . . . “ als wortgetreu bezeichneten Zitate in der alten Rechtschreibung der Quellen wiedergegeben werden.

<sup>2)</sup> Jaksch IV S. 487; Wekebrod, Sammlung der seit dem Jahre 1600 bis zum Jahre 1740 ergangenen Allerh. Gesetze S. 185 Nr. 474; Joseph Helfert, Von dem Kirchenvermögen, 3. Aufl., 2 Bde., Prag 1834, II S. 149.

<sup>3)</sup> Jaksch V S. 506.

etwa durch Zehnten oder ähnliche Giebigkeiten gedeckt sein.<sup>1)</sup>

Dieser ganz richtige Standpunkt der Nichteinrechnung der Stolgebühren in die Kongrua vermochte jedoch in der Praxis nicht festgehalten zu werden, und wir erfahren zum Beispiel aus der Gubernialverordnung vom 18. November 1768 sowie aus der Stoltaxordnung vom 30. Mai 1750<sup>2)</sup>, daß in manchen Gegenden „ein gewisses Quantum stolae gleich a primaevo bei Stiftung dieser oder jener Pfarrey unter anderen Emolumenten zugleich ad Portionem canonicam eingerechnet“ wurde<sup>3)</sup>, ein Vorgehen, das wohl in ärmeren Gegenden geübt wurde, um die Errichtung notwendiger neuer Seelsorgeämter, für die sonst die Kongrua nicht hätte aufgebracht werden können, zu ermöglichen. Im übrigen wurde jedoch die mit 300 Gulden festgesetzte Kongrua der Pfarrer<sup>4)</sup> tatsächlich berücksichtigt, wie zum Beispiel aus den Vorschriften über die Pfründenverleihungstaxe<sup>5)</sup> hervorgeht, welche diejenigen Pfarrer nicht zu entrichten haben, die ein geringeres Einkommen als 300 Gulden, also nicht die „volle Congruam“ beziehen. Gleicherweise waren Pfarrer und geistliche Benefiziaten, „welche nicht mehr, als die in jedem Lande gewöhnliche sogenannte Congruam genießen“, von der Entrichtung des Erbsteueräquivalentes in vollem Umfange befreit<sup>6)</sup>, und ebenso traf die Zuschußpflicht zu Bauauslagen<sup>7)</sup> nur solche Pfarrer, die an Pfarreinkünften

<sup>1)</sup> Vgl. Singer a. a. O.

<sup>2)</sup> Jaksch V S. 557 und 551.

<sup>3)</sup> Vgl. auch das Hofdekret vom 25. April 1778 (Jaksch V S. 561), welches von Orten spricht, „wo die das Patentalausmaß (d. i. das in der Stoltaxordnung festgesetzte Ausmaß) überschreitenden Stolataxen in den Errezionsinstrumenten ausdrücklich in die kanonische Porzion einberechnet“ werden.

<sup>4)</sup> Über die Kongrua der Pfarrprovisoren und das Gehalt der Kooperatoren vgl. das Hofdekret vom 16. April 1757 (Codex Austriacus, 5. Teil [Supplementum, Wien 1777] S. 1178).

<sup>5)</sup> Hfd. (Hofdekret) vom 31. Dezember 1772 (Jaksch IV S. 465). Vgl. auch Hfd. vom 2. Februar 1765 (ebd. S. 463).

<sup>6)</sup> Patent vom 6. Juni 1759 und Ah. Reskript vom 25. Juni 1764 (Jaksch II S. 167 und 172).

<sup>7)</sup> Ah. Reskript vom 25. Mai 1770 Punkt 3 und 5 (Jaksch I S. 191/192).

einen Überschuß „über die kanonische Porzion und über die Unterhaltung derer . . . . nothwendigen Kaplänen“ bezogen, und auch solche nur „mit der billig mäßigen Eintheilung, daß ihnen allemal ihre Kongrua frey bleibe“.

Soweit sich also die vorjosephinische Gesetzgebung mit der Kongrua beschäftigt hat, enthielt sie hauptsächlich Kompetenzvorschriften, d. h. die Kongrua sollte frei von jeder Schmälerung dem Seelsorger verbleiben. Von irgend-einer Zuschußleistung oder gar Zuschußverpflichtung des Staates bei jenen Pfarren, deren Einkünfte nicht einmal die festgesetzte Höhe der Kongrua erreichten, war jedoch keine Rede, obwohl es solche dürftiger dotierte Pfarren in den österreichischen Landen nicht wenige gab.

## II. Die staatlichen Kongrua-Vorschriften im Anschluß an die josephinische Pfarr- regulierung.

Als Joseph II. in Verfolgung staatskirchlicher Absichten in den Jahren 1782—1786 die Pfarregulierung in den österreichischen Landen energisch durchführte<sup>1)</sup>, wurde es dringendes Bedürfnis, daß sich die Staatsgewalt nun auch um die Regelung und Sicherstellung der Dotation der Seelsorger entsprechend annahm. Ausgehend nämlich von dem Gedanken, der bereits der von Maria Theresia beabsichtigten Pfarregulierung<sup>2)</sup> zugrunde gelegen hatte und von Joseph II.

<sup>1)</sup> Vgl. insbesondere die Hfd. über die Pfarreinrichtung vom 16. Jänner, 4. Februar, 12. September und 1. Oktober 1782; 26. April, 20. Mai und 24. Oktober 1783; 14. Februar und 6. April 1784; 2. April, 24. September und 9. Dezember 1785 und 20. Oktober 1786 (Jaksch IV S. 378 bis 400). An Literatur s. Fritz Geier, Die Durchführung der kirchlichen Reformen Josephs II. im vorderösterreichischen Breisgau, Stuttgart 1905, S. 173 ff., und I. R. Kušej, Joseph II. und die äußere Kirchenverfassung Innerösterreichs, Stuttgart 1908, S. 249 ff., beide Werke erschienen in den von Ulrich Stutz herausgegebenen Kirchenrechtlichen Abhandlungen, Heft 16/17 und 49/50. Vgl. ferner Hermann Franz, Studien zur kirchlichen Reform Josephs II. mit besonderer Berücksichtigung des vorderösterreichischen Breisgaus, Freiburg i. B. 1908, S. 175 ff.

<sup>2)</sup> S. insbesondere das Hfd. vom 26. Juli 1777 Punkt 3 (Jaksch IV S. 376). Vgl. auch die Gubernialverordnungen vom 24. September 1772 und vom 7. und 28. Jänner 1773 (ebd. S. 374/5).

zur Durchführung gebracht worden war, es solle jedermann ohne übergroße Beschwerlichkeit imstande sein, der Pflicht des Kirchenbesuches zu genügen und der Wohltaten der Seelsorge theilhaftig zu werden<sup>1)</sup>, war eine so große Anzahl neuer Pfarren und Lokalkurationen geschaffen worden, daß die für den Unterhalt der Seelsorgegeistlichkeit zur Verfügung stehenden kirchlichen Mittel weder nach ihrem Ausmaße noch nach ihrer bestehenden Verteilung hinreichten, um allen Seelsorgern ein standesgemäßes Einkommen zu gewähren. Die Mittel hierzu mußten anderwärts beschafft werden. Wie dabei Joseph II. über die Beschaffung der nötigen Bedeckungsmittel dachte, hat er in dem oft zitierten, an den nachmaligen Präsidenten der geistlichen Hofkommission Baron Kresel gerichteten Kabinetsschreiben vom 17. Jänner 1783<sup>2)</sup> klar ausgesprochen;

„Die Versehung der Seelsorge in den gesammten Ländern . . . . liegt der Geistlichkeit ohne Zweifel vorzüglich ob. Diese muß durch die wahre Hierarchie geleitet und geführet werden, also muß ein billiges Maaß zwischen Obern, so ihre Untergebenen übersehen können, seyn, dann auf die Erziehung der jungen Geistlichkeit zum Nachwachs, und die Vorsorge für die Alte und Gebrechliche, die ihrer Schuldigkeit nicht mehr obliegen können, getroffen werden.

Dieses zu bewerkstelligen ist ungezweifelt die Pflicht des Landesfürsten, und muß das Nöthige ohne Ersparung zu diesem schuldigen und heilsamen Zweck aus den klaren Einkünften des Staats vorzüglich genommen werden; . . . .

. . . . Es bleiben also, selber abzuhelpen nur zween Weege übrig, nämlich zu sagen:

<sup>1)</sup> Vgl. die Direktivregeln zum Hfd. vom 12. September 1782 (Jaksch IV S. 380).

<sup>2)</sup> Abgedruckt in: Gesetzliche Bestimmungen über die Errichtung, Verwaltung und Verwendung der Religionsfonds der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder. Veröffentlicht im Auftrage des k. k. Ministers für Kultus und Unterricht, Wien 1871, S. 16.

Der Staat übernimmt alle geistlichen Einkünfte der gesamten Monarchie, und mißt einem jeden einen hinlänglichen Gehalt aus; oder: Er hebt den bestehenden Stand des geistl. Vermögens, sieht, wieweit er mit selbem auslangen könne, und wo und wann sich ein wirklicher Abgang gegen den Bedarf äußert, und nirgends kein Überfluß mehr vorhanden wäre, so ersetzt Er selben aus den Staatseinkünften.

Ich will Mich also nur an diesen zweyten Weeg, so zwar der weitwendigste ist, in so weit halten, als die Unmöglichkeit, mit selben zum Ziel zu gelangen, sich nicht äußerte, wo alsdann ersterer, als der unfehlbarste, müßte ergriffen werden. . . .“

Joseph II. sprach in diesem Schreiben in klarer Weise aus, daß er die Sorge für den Unterhalt der Seelsorgegeistlichkeit für eine Aufgabe des Staates hielt, und er entschied gleichzeitig, daß der Staat dieser Aufgabe in der Form gerecht werden solle, daß er das unzulängliche Einkommen einzelner Seelsorger aus Staatseinkünften ergänze, sobald zwecks dessen Ergänzung nicht anderweitiges reichlicheres geistliches Einkommen zu Beitragsleistungen herangezogen werden könne. Dieser Gedanke der subsidiären Staatsaushilfe wurde mit Hilfe des im Jahre 1782 geschaffenen und mit der Prager Salzkasse vereinigten Religionsfonds<sup>1)</sup> in die Tat umgesetzt, indem in den die Pfarregulierung in den österreichischen Ländern durchführenden Hofdekreten die Kongrua der Seelsorger an allen nicht Klöstern oder Stiftern übertragenen neu errichteten Seelsorgeämtern aus dem Religionsfonds sichergestellt und dem Religionsfonds weiter die Ergänzung der Kongrua jener Seelsorger an bereits bestehenden Seelsorgeämtern aufgetragen wurde, die durch staatliche Verfügungen eine Einbuße an ihrer Kongrua erlitten hatten. Da zunächst durch die Religionsfonds- oder geistliche Aushilfssteuer reichlichere

<sup>1)</sup> S. hierzu die in der vorausgehenden Anmerkung angeführten „Gesetzlichen Bestimmungen“. Vgl. ferner Joseph Helfert a. a. O. I S. 343 ff. Vgl. auch den sehr ausführlichen Artikel „Religionsfonds“ von Max v. Hussarek im Österreichischen Staatswörterbuch, 2. Aufl., IV. Bd., Wien 1909, S. 92 ff.

geistliche Einkommen zur Beitragsleistung für den Religionsfonds herangezogen wurden und erst bei Unzulänglichkeit der Mittel des Religionsfonds der Staat in Form von Vorschüssen auszuhelfen hatte, entsprach diese Regelung den vorangeführten Grundsätzen.<sup>1)</sup> Für die Zwecke unserer Untersuchung lassen sich folgende hierbei in Betracht kommende Richtlinien der josephinischen Pfarregulierung herausheben:

I. Die „alten“ Pfarrer, d. h. die Pfarrer an bereits vor der Regulierung bestehenden Seelsorgeposten blieben grundsätzlich im Bezuge ihres bisherigen Einkommens<sup>2)</sup>, und es gebührte ihnen aus dem Religionsfonds nur dann der Ersatz einer Schmälerung ihrer mit 300 fl.<sup>3)</sup> fest-

<sup>1)</sup> Nach der ursprünglichen Absicht sollte die zuerst für das Jahr 1788 ausgeschriebene Religionsfondssteuer nach einem jährlich wechselnden Prozentsatze derart ausgemessen werden, daß das jeweilige Fondsdefizit dadurch vollständig gedeckt und ein Zuschuß aus Staatsmitteln entbehrlich gewesen wäre. Es ließ sich dies jedoch nur im ersten Steuerjahre in diesem Sinne wirklich durchführen, während später die Bedeutung dieser Abgabe immer geringer und das Erfordernis des Fonds immer größer wurde. Vgl. das Kapitel „Die Religionsfondssteuer“ in den mehrfach zitierten „Gesetzlichen Bestimmungen“ S. 42 ff. Vgl. ferner den Motivenbericht zum Gesetz vom 19. April 1885, R.-G.-Bl. Nr. 47, abgedruckt bei Burckhard a. a. O. S. 228. (Diese Quelle wird im folgenden bloß als Motivenbericht zitiert werden.) — Nebenbei sei bemerkt, daß die Prager Salzkasse bereits seit längerer Zeit zu einer Beitragsleistung zwecks Ergänzung der Kongrua gering dotierter Pfarren in Böhmen herangezogen wurde. Vgl. die Hfd. vom 30. Juni 1767 und 1. März 1771 (Jaksch IV S. 410 und 373).

<sup>2)</sup> Punkt 8 und 9 der „Nachricht“ zum Hfd. vom 24. Oktober 1783 (Jaksch IV S. 387/8).

<sup>3)</sup> Verordnung vom 17. Juni 1786 (abgedruckt bei Franz Rieder, Handbuch der k. k. Gesetze und Verordnungen über geistliche Angelegenheiten vom Jahre 1740 bis 1855, 2. Bde., 1. Band 2. Aufl. Wien 1848, 2. Band Wien 1855, I S. 356 [im folgenden wird dieses Werk zitiert als Rieder]): „Gleichwie aber den alten Pfarrern von der einen Seite nichts entzogen wird, so haben sie sich von der andern, wo es um Entschädigung zu thun ist, auch mit der von jeher bestandenen Congrua zu 300 fl. zu begnügen und nach solcher werden ihre Entschädigungsgesuche abgemessen.“ Dieser Betrag erhöhte sich für Pfarrer, welche aus ihren Einkünften einen Kaplan erhalten mußten, auf 500 fl.; vgl. Hfd. vom 16. April 1786 (Jaksch II S. 402). S. auch Helfert a. a. O. II S. 158. — Für die Pfarrer „der k. prager Städte“ wurde die für die Ver-

gesetzten Kongrua, wenn diese Schmälerung durch auf Grund von Verfügungen „in publico ecclesiasticis“ erfolgte Aufhebung sonst ihnen zuteil gewordener Einkünfte, wie der Taufstola, der Gebühren für das Ausräuchern der Häuser u. a. m. verursacht worden war, anlässlich welcher Verfügungen der Staat den Ersatz der Einbuße an der Kongrua zugesichert hatte.<sup>1)</sup>

II. Für den angemessenen Unterhalt der Seelsorger an Klöstern oder Stiftern übertragenen neu errichteten Seelsorgeämtern hatten eben diese Klöster oder Stifter und zwar im allgemeinen in der Höhe des im Vermögensbekenntnisse für 1783 für einen Geistlichen angesetzten jährlichen Beköstigungsbetrages aufzukommen.<sup>2)</sup>

III. Die Besoldung aller übrigen neu anzustellenden Seelsorger wurde aus dem Religionsfonds sichergestellt<sup>3)</sup> und zwar wurde die Kongrua derselben im allgemeinen für Pfarrer mit 400 fl., für Lokalkapläne mit 300 fl. und für Hilfspriester mit 200 fl. festgesetzt.<sup>4)</sup> Zu diesen „neu-

---

gütung von Taufgebühr- und Kolledaentgängen maßgebende Kongrua sogar auf 600 fl. festgesetzt (Hfd. vom 25. Oktober 1786, Jaksch II S. 403). Über den Vorgang bei der Anspruchserhebung auf eine solche Entschädigung s. Hfd. vom 13. Februar 1788 und Gubernialverordnung vom 27. August 1788 (Jaksch II S. 404).

<sup>1)</sup> Helfert a. a. O. II S. 157. S. auch Punkt 15 der „Nachricht“ zum Hfd. vom 24. Oktober 1783 (Jaksch IV S. 389): „Ebenfalls wird von dem 1. November an die in der Stolaordnung befindliche Taxe für die heilige Taufe gänzlich aufgehoben: . . . Dasjenige, so die Pfarrer erweisen können, daß ihnen dadurch von ihrer Kongrua entgehe, wird ihnen aus der Religionskasse sogleich ersetzt werden.“ Auch Hfd. vom 24. September 1785 (Jaksch V S. 562).

<sup>2)</sup> Punkt 7 der „Nachricht“ zum Hfd. vom 24. Oktober 1783 (Jaksch IV S. 387) und Hfd. vom 6. März 1784 (Rieder I S. 108).

<sup>3)</sup> Punkt 6 der „Nachricht“ zum Hfd. vom 24. Oktober 1783 (Jaksch IV S. 387) und Hfd. vom 6. März 1784 (Rieder I S. 108); ferner Hfd. vom 14. Februar 1784 (Jaksch IV S. 391), wo es bezüglich der Dotierung der neuen Seelsorger in Punkt 3 heißt, es habe „dießfalls nur bei dem Principio stehen zu bleiben, daß die alten Pfarrer bei ihrem Genusse zu verbleiben haben und die neuen aus dem Fundo religionis dotiret werden müssen“.

<sup>4)</sup> Hfd. vom 24. September 1785 (bzw. vom 24. Oktober 1783, Jaksch II S. 401): „Für die neu anzustellenden Pfarrer auf dem Lande wird der Gehalt auf 400 fl., für die Lokalkapläne auf 300 fl. und für die



gestifteten“ Seelsorgern zählten auch die Inhaber verschiedener in Kuratbenefizien umgewandelter bisheriger „beneficia simplicia“. Dieselben blieben im Genusse ihres bisherigen Einkommens, das ihnen jedoch, wenn es die festgesetzte Kongrua nicht erreichte, auf die Höhe derselben aus dem Religionsfonds ergänzt wurde.<sup>1)</sup> Die Dotation aus dem Religionsfonds war nicht lastenfrei, sondern mit der Verpflichtung zur unentgeltlichen Persolvierung einer bestimmten Anzahl der sogenannten „Religionsfondsmessen“<sup>2)</sup> verknüpft, und zwar mußte ein Pfarrer 200, ein Lokalkaplan 180 und ein Kooperator 150 solcher gestifteter Messen alljährlich lesen.<sup>3)</sup>

Die dargestellte unterschiedliche Behandlung der alten und neuen Pfarrer widerspricht etwas den im angeführten

bei den Pfarrern anzustellenden Kooperatoren auf 200 fl. aus dem Religionsfonde bestimmt.“ Ebenso die Hofverordnung vom 18. Juni 1785 (Rieder I S. 108). Für bestimmte Städte und selbst Länder wurden jedoch teils von vornherein, teils erst in der Folge bedeutend höhere Kongrua-Ansätze aufgestellt. So wurde z. B. mit Hfd. vom 24. Oktober 1783 Punkt 6 der dazugehörigen „Nachricht“ (Jaksch IV S. 387) für Niederösterreich das Gehalt der Pfarrer mit 600 fl., der Lokalkaplane mit 350 fl. und der Kooperatoren mit 250 fl. ausgemessen. Über die örtlich verschiedene Höhe der Kongrua s. die bei Rieder I S. 108/9 und in den „Gesetzlichen Bestimmungen“ S. 55/56 angeführten Verordnungen. Vgl. auch Helfert a. a. O. II S. 150—153.

<sup>1)</sup> Überstieg aber ihr bisheriges Einkommen die Kongrua, dann blieb es ihnen unverkürzt. Hfd. vom 24. September und 9. Dezember 1785 (Jaksch II S. 401/2). Vgl. auch Franz a. a. O. S. 182—184. S. ferner Punkt 5 der „Nachricht“ zum Hfd. vom 24. Oktober 1783 und Punkt 4 des Hfd. vom 14. Februar 1784 (Jaksch IV S. 387 und 391).

<sup>2)</sup> Das sind diejenigen Messen, welche auf Grund der zahlreichen auf den vom Religionsfonds übernommenen geistlichen Vermögensschaften haftenden Messestiftungen zu persolvieren waren.

<sup>3)</sup> Geier a. a. O. S. 177 und Franz a. a. O. S. 185. Die Zahl der unentgeltlich zu persolvierenden Messen dürfte anfänglich sogar noch bedeutend größer gewesen sein. Vgl. Helfert a. a. O. I S. 131. Hfd. vom 25. Oktober 1788, Gubernialverordnung vom 4. März 1789 und vom 16. März 1797 (Jaksch V S. 107, 108 und 110). Dazu kamen dann noch ungefähr 68 an den Sonn- und Feiertagen des Jahres für die Pfarrkinder zu lesende Messen, und erst an den übrigbleibenden Tagen konnten Freimessen gegen Meß-Stipendien gelesen und dadurch das priesterliche Einkommen verbessert werden.

kaiserlichen Handschreiben enthaltenen Grundsätzen<sup>1)</sup>, nach welchen man eine gleichartige Berücksichtigung der „alt-“ und „neugestifteten“ Pfarrer wenigstens in so weit erwartet hätte, daß auch ersteren ein gewisser Mindestgehalt aus dem Religionsfonds auf jeden Fall<sup>2)</sup> sichergestellt worden wäre. Der Grund für dieses Vorgehen lag in den beschränkten zur Verfügung stehenden Mitteln. Anfänglich bewilligte man ja tatsächlich ausnahmslos auch allen alten Pfarrern, deren Einkommen 300 fl. jährlich nicht erreichte, auf ihr Ansuchen die Kongruaergänzung aus dem Religionsfonds und zwar ohne einen Unterschied zu machen, ob der Abgang auf den Ausfall von Stoltaxen u. dgl. oder auf eine von vornherein zu geringe Dotation zurückzuführen war.<sup>3)</sup> Erst als diese liberale Praxis bei der großen Anzahl gering dotierter „altgestifteter“ Pfarrer die Mittel des Religionsfonds allzu stark in Anspruch nahm, stellte sich die Hofbuchhalterei auf den in den vorangeführten Richtlinien dargelegten und in der Folge noch öfter betonten Standpunkt<sup>4)</sup>, daß den alten Pfarrern eine Kongruaergänzung rechtlich nur bei Schmälerung ihrer 300 fl. Kongrua durch solche staatliche Verfügungen gebührte, anläßlich deren sich der Staat ausdrücklich zum Ersatze verpflichtet hatte, während bei sonstigem Nichterreichen dieses Gehaltsminimums der Religionsfonds zu einer Ergänzung überhaupt nicht ver-

<sup>1)</sup> Es ist ja dort vorbehaltlos von der im Falle der Notwendigkeit zu leistenden Staatsanhilfe die Rede, ohne daß zwischen den Seelsorgestationen unterschieden wird.

<sup>2)</sup> Also nicht bloß in den Fällen der Schmälerung der Kongrua durch staatliche Verfügungen!

<sup>3)</sup> Vgl. Kušej a. a. O. S. 304/5.

<sup>4)</sup> Z. B. Hofkanzleidekret vom 14. Juli 1825 (Rieder I S. 113): „Der Religionsfond ist nicht verpflichtet, die Congrua aller altgestifteten Pfarren mit 300 fl. C. M. zu ergänzen.“ Auch Hfd. vom 14. November 1821 (Jaksch VIII S. 510). — Nur die Besoldung notwendiger Hilfspriester wurde, insoweit sie nicht aus dem Pfarreinkommen bestritten werden konnte, ohne Unterschied der alten und neuen Pfarrstationen vom Religionsfonds übernommen. Hfd. vom 30. Juli 1785 („Gesetzliche Bestimmungen“ S. 57), Hfd. vom 25. Oktober 1786 und Hfzkld. vom 30. Juni 1825 (Rieder I S. 221). Die Hilfspriesterkongrua war für die alten Pfarren ursprünglich mit 150 fl. festgesetzt und dann auf 200 fl. wie bei den neuen Pfarren erhöht worden. Vgl. Helfert a. a. O. II S. 150.

pflichtet sei und ausnahmsweise trotzdem bewilligte Zuschüsse als gnadenweise gewährte Unterstützungen angesehen werden müßten.

Um eine Kongruaergänzung zu erlangen, mußte der diese ansprechende Pfarrer zunächst ein detailliertes, alle pfarrlichen Einkünfte und Auslagen aufweisendes Pfründen-erträgnisbekenntnis (Fassion) verfassen. Von der Aufnahme in das Bekenntnis waren bloß etwaige freiwillige, ohne ständige Verpflichtung von der Gemeinde oder Obrigkeit gewährte Unterstützungen<sup>1)</sup> und die Kurrentmeßstipendien<sup>2)</sup> ausgenommen. Dagegen waren, entgegen dem bisherigen, wenigstens im Prinzip festgehaltenen, dem kanonischen Rechte entsprechenden Standpunkt, die Stolgebühren nach einem mehrjährigen Durchschnittsbetrage ebenfalls einzubekennen.<sup>3)</sup> Das Gesuch um Zuerkennung der Kongruaergänzung mußte unter Anschluß des Pfründen-erträgnisbekenntnisses bei der Landesstelle<sup>4)</sup> eingebracht werden. Die Entscheidung darüber behielt Joseph II. der allerhöchsten Entschliebung vor.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Hfd. vom 22. Dezember 1787 betr. Inner-Österreich (Rieder I S. 112).

<sup>2)</sup> Bereits im Hfd. vom 19. Februar 1780 über die Pfründen-erträgnis- ausweise werden die Kurrentmeßstipendien „weillen solche sehr ungewiß sind und auch als kein eigentlicher Theil“ des Pfründen-erträgnisses angesehen werden können, von dem Einbekenntnisse ausgenommen (Jaksch IV S. 454). Vgl. weiter die Hfd. vom 22. Mai 1798 und 1. Juli 1800 („Unterricht“ Punkt 4) u. a. m. (Jaksch IV S. 469 und 470).

<sup>3)</sup> Schon nach dem Hfd. vom 19. Februar 1780 (Jaksch IV S. 454) sollten die Stolgebühren „als der wahre und hauptsächlichste Theil“ des Pfründen-erträgnisses nach einem zehnjährigen Durchschnitt eink bekannt werden. Sie kamen in der Folge sowohl für die Berechnung der Pfründenverleihungstaxe als auch für die Frage einer etwaigen Kongruaergänzung als Teil des Pfründeneinkommens in Betracht. Vgl. die Hfd. vom 7. November 1782 und 1. Juli 1800 („Unterricht“ Punkt 4) u. a. m. (Jaksch IV S. 381 und 470); s. auch Singer a. a. O. S. 150.

<sup>4)</sup> Das Gesuch um Kongruaergänzung war entweder unmittelbar bei der Landesstelle oder mittelbar bei derselben im Wege des Konsistoriums oder des Kreisamtes einzureichen. Hierüber und über den weiteren Geschäftsgang s. Helfert a. a. O. II S. 169/170.

<sup>5)</sup> Vgl. Hfd. vom 25. Jänner 1784 (Jaksch II S. 400) und Hfd. vom 9. Oktober 1788 (Jaksch III S. 578): „Die den Pfarrern bewilligten

Da die Kongrua ein nicht verminderbares Minimaleinkommen darstellte, waren die bloß die Kongrua beziehenden Weltgeistlichen natürlich auch von der Entrichtung der früher erwähnten Religionsfonds- oder geistlichen Aushilfssteuer befreit.<sup>1)</sup> Diese Steuer wurde in der Folge ohnedies nur noch von denjenigen Bischöfen und Erzbischöfen, deren Dotation 12 000 fl. bzw. 18 000 fl. jährlich überschritt, sowie vom begüterten Regularklerus und den größeren Pfründen eingehoben, während die Domkapitel und einfachen Pfründen, unter welchen man auch die Pfarren verstand, gänzlich davon befreit wurden.<sup>2)</sup> In eben dieser Loszählung der Bistümer und Erzbistümer von der Entrichtung der Religionsfondssteuer bei einem geringeren jährlichen Einkommen als 12 000 fl. bzw. 18 000 fl. will Helfert<sup>3)</sup> die indirekte Festsetzung einer Kongrua für Bischöfe und Erzbischöfe erblicken, weil sie bei diesem Einkommen als gerade nur für die eigenen Bedürfnisse angemessen dotiert und zu einem Beitrage für fremde unvermögend erachtet würden. Diese Beweisführung ist nicht ganz zutreffend, da es sich hier um eine Kompetenzfestsetzung handelt und Kompetenz und Kongrua nicht notwendigerweise zusammenfallen müssen. Immerhin ist zuzugeben, daß Joseph II. bei Bistumserrichtungen das aus dem Religionsfonds sicher-

---

Kongruaentschädigungen sind künftighin von dem Tage der erfolgenden höchsten Entschließung anzuweisen.“ — Helfert a. a. O. S. 169.

<sup>1)</sup> Die Religionsfondssteuer traf ja auch von vornherein (so z. B. Hfd. vom 28. Februar 1788, Jaksch V S. 126) nur jene geistlichen Pfründeninhaber, welche im Genusse eines 600 fl. übersteigenden jährlichen Einkommens standen, es wurde aber noch ausdrücklich mehrmals betont, daß diese Steuer die Kongrua nicht vermindern dürfe. Vgl. z. B. die Hfd. vom 18. April und 15. Juli 1788 (Jaksch V S. 127 und 129) und insbesondere Hfd. vom 10. Februar 1789 (Jaksch V S. 130): „Jedem Pfründler, welcher zur Entrichtung der geistlichen Aushilfssteuer an seiner Kongrua verkürzt werden würde, müsse deren Erlassung ganz zu statten kommen.“

<sup>2)</sup> S. die Hfd. vom 17. August 1790, 28. Juni 1793 und 2. Jänner 1798 (Jaksch V S. 131—133). Vgl. auch Helfert a. a. O. I S. 350 ff. und II S. 222.

<sup>3)</sup> A. a. O. II S. 149.

gestellte Einkommen der neuen Bischöfe auf 12 000 fl. jährlich festsetzte.<sup>1)</sup>

Schließlich sei auch noch kurz der Verfügungen Josephs II. hinsichtlich der Versorgung der Defizientenpriester gedacht.<sup>2)</sup> Um die Verwaltung der Pfarren dauernd durch dienstfähige Priester sicherzustellen, verordnete Joseph II. ursprünglich in Abweichung von den Vorschriften des gemeinen Kirchenrechtes, daß durch Krankheit oder Alter laut ärztlichem Zeugnis zur ferneren Seelsorge gänzlich untaugliche Priester unter Gewährung einer vom Religionsfonds<sup>3)</sup> zu leistenden, im allgemeinen 200 fl. jährlich betragenden Defizientenpension und mit dem Anspruch auf freie Wohnung in einem Kloster oder Stifte in den Ruhestand zu versetzen wären.<sup>4)</sup> Da diese Regelung jedoch für die altgedienten Pfarrer eine Härte bedeutete, änderte sie Joseph II. selbst wieder ab und bestimmte durch Hofdekret

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. das Hfd. vom 18. bzw. 19. Jänner 1789 (Jaksch I S. 326) bezüglich des neuerrichteten Bistums Budweis und das Hfkzld. gleichen Datums (Rieder I S. 84) bezüglich des neuerrichteten Bistums Linz.

<sup>2)</sup> Vgl. Helfert a. a. O. II S. 173–178. — Obwohl genau genommen nicht zu den Kongruavorschriften im eigentlichen Sinne gehörig, muß dennoch der Vollständigkeit halber in der vorliegenden Untersuchung auch auf diese Frage eingegangen werden, da in Österreich, insbesondere in neuerer Zeit, die Versorgung der Defizientenpriester stets in engem Zusammenhange mit der Regelung der Kongrua behandelt wurde.

<sup>3)</sup> Mit dem Religionsfonds waren ja auch die früher in einigen Provinzen bereits bestandenen, meist sehr schwachen Emeriten- und Defizientenfonde vereinigt worden. S. Helfert a. a. O. I S. 345.

<sup>4)</sup> Hfd. vom 14. April und 6. Juli 1785 (Jaksch IV S. 338), vom 24. September 1785 [zu Ende] (Handbuch aller unter der Regierung des Kaisers Joseph des II. für die k. k. Erbländer ergangenen Verordnungen und Gesetze, herausg. von Joseph Kropatschek, 18 Bde., Wien 1785–1790, 8. Bd., S. 688) und vom 29. Juni 1787 (Jaksch I S. 483). Der Aufenthalt in einem Kloster oder Stift zur freien Wohnung war keine Verpflichtung, sondern nur ein Recht, auf welches der Defizient verzichten konnte (Hfd. vom 17. Februar 1785, Rieder I S. 132). — Bezüglich der „Halb-Defizienten“, d. h. derjenigen Priester, die nur für einige Zeit oder nur betr. bestimmter Seelsorgeverrichtungen dienstuntauglich sind, bestimmte das angeführte Hfd. vom 6. Juli 1785, daß der Ordinarius durch ein Provisorium für die ordentliche Vernehmung der Seelsorge eventuell unter Heranziehung von Exreligiösen und Religiösen Vorsorge treffen solle.

vom 26. Dezember 1788<sup>1)</sup>, und zwar diesmal wieder in Annäherung an die kirchenrechtlichen Vorschriften, daß „wirkliche Pfarrer, die durch eine längere Reihe von Jahren die Seelsorge mit Eifer und Treue verwaltet haben, . . . . Alters und Gebrechlichkeitshalber, wenn sie nicht zu allen Seelsorgeverrichtungen gänzlich und für beständig untauglich sind, wider ihren Willen von ihrer Pfarre nicht zu entfernen und in den Defizientenstand zu setzen“ sind, und daß sie „die Seelsorge durch ihre Kapläne unter ihrer Leitung und Mitwirkung fortzuführen“ haben; wenn sie keinen Kaplan hätten, dann sei ihnen auf ihre Kosten, wenn ihre Einkünfte dazu langten, ein Kooperator, sonst aber ein Ordensgeistlicher auf Kosten seines Klosters oder Stiftes zur Aushilfe beizugeben.

### III. Die Weiterentwicklung der josephinischen Kongrua-Vorschriften und deren Mängel.

Die dargestellte, unter Joseph II. geschaffene Regelung der Dotation der Seelsorgegeistlichkeit wurde in der Folgezeit durch eine Unmenge von Hofdekreten und sonstigen staatlichen Verfügungen bis in die letzte Einzelheit ausgebaut<sup>2)</sup>, wobei es allerdings bei der großen Zahl der wenig einheitlich erlassenen, oft bloß einzelne Fälle regelnden Vorschriften und bei der aus der früheren Verwaltung der getrennten Hofkanzleien herübergekommenen Gewohnheit, alles nach Provinzen zu regeln, zu manchen Widersprüchen und sachlich oft nicht gerechtfertigten örtlichen Verschiedenheiten kam und die so notwendige leichte Übersehbarkeit der geltenden Vorschriften vollständig schwand.<sup>3)</sup> Ein Eingehen auf alle Einzelheiten würde zu weit führen und manche über-

<sup>1)</sup> Punkt 4. Jaksch IV S. 345. Dasselbe Hfd. regelt in Punkt 3 auch die Verwendung der „Halb-Defizienten“ näher.

<sup>2)</sup> Eine hübsche Darstellung der zu seiner Zeit geltenden Vorschriften bringt Johann Georg Wörz, Kongrua der Kuratgeistlichkeit in der Provinz Tirol und Vorarlberg, Innsbruck 1847. S. auch von demselben: Die Dotationsverhältnisse der katholischen Seelsorgegeistlichkeit, Wien 1872.

<sup>3)</sup> Über die verwirrende Menge der ziemlich planlos erlassenen Vorschriften s. die Bemerkungen im Motivenbericht S. 240.

holte Bestimmung bringen. Die folgende Darstellung wird sich daher auf das für die Rechtsweiterbildung Wesentliche beschränken.

Vor allem wurde der bereits den josephinischen Vorschriften innewohnende Gedanke, den Geistlichen ein gewisses Existenzminimum auf jeden Fall sicherzustellen, weiter ausgebaut. So bestimmten einige Hofdekrete vom Jahre 1791<sup>1)</sup>, daß die Einkünfte einer geistlichen Pfründe nur so weit der Exekution unterzogen werden dürften, daß dem Pfründeninhaber ein jährlicher Unterhaltsbetrag von 300 fl. frei verbliebe, eine Vorschrift, die in gleicher Weise für Pfarrer alter und neuer Stiftung Geltung hatte.<sup>2)</sup> Weiter wurde solchen Geistlichen, die keine Pfründe inne-

<sup>1)</sup> S. die Hfd. vom 27. Juni, 8. und 15. Juli 1791 (Rieder I S. 365; II S. 67 und Jaksch IV S. 457) mit nahezu gleichlautendem Inhalte.

<sup>2)</sup> Vgl. den Wortlaut dieser Bestimmung (nach Rieder I S. 365): „Bei Executur eines mit einer geistlichen Pfründe versehenen Geistlichen . . . können die Einkünfte der Pfründe, insoweit dem Geistlichen der Genuß und die Verwaltung derselben zusteht, dergestalt mit Verbot und Execution belegt werden, daß hievon dem der Execution unterzogenen Geistlichen vor Allem der Unterhalt, welcher in der Congrua von jährlichen 300 fl. zu bestehen hat, verabfolgt werden müsse.“ Hier wird der Ausdruck „Congrua“ in der Bedeutung des exekutionsfreien Existenzminimums, also gleichbedeutend mit „Kompetenz“, gebraucht, wie ja auch in der vorjosephinischen Zeit die Festsetzung der 300-fl.-Kongrua vornehmlich den Sinn einer Kompetenzvorschrift gehabt hat. Die Vorschrift vom Jahre 1791, die ja auch dem Wortlaute nach ganz allgemein alle mit einer geistlichen Pfründe versehenen Geistlichen betraf, bezog sich daher auch nicht bloß auf die „alten“ Pfarrer, sondern auch auf die im Genuße einer höheren „Kongrua“ (im eigentlichen Sinne) stehenden „neuen“ Pfarrer, denen bei einer Exekutionsführung zwar nicht ihre ganze Kongrua, aber doch wenigstens wie den alten Pfarrern ein Betrag von 300 fl. freizubleiben hatte. Vgl. Würz, Kongrua der Kuratgeistlichkeit S. 31. S. auch den Wortlaut des Hfkzld. vom 13. August 1824 (Rieder II S. 67), welches in ganz gleicher Weise zwischen Kongrua im Sinne von Kompetenz und Kongrua im eigentlichen Sinne unterscheidet: „Etwas anderes ist die Congrua, welche an keinem Pfründner alter oder neuer Stiftung durch irgend eine Auflage auf die Pfründe geschmälert werden soll, und jene Congrua, welche die Staatsverwaltung aus öffentlichen Fonds aus besonderen Rücksichten selbst verabreicht. Jenes ist die Summe von 300 fl. C. M. . . Dieses ist die Summe, welche die Staatsverwaltung den Pfarrern, welche sie gestiftet hat, zu geben zugesichert hat.“

hatten, mit Hofdekret vom 25. Oktober 1798<sup>1)</sup> nach Analogie der den Staatsbeamten zugestandenem Begünstigung die Befreiung ihrer Kongrua von gerichtlicher Exekution und Pfändung gewährt, eine gesetzliche Wohltat, welche schließlich auch den Defizientenpriestern hinsichtlich ihres aus dem Religionsfonds bezogenen Defizientengehaltes zugebilligt wurde.<sup>2)</sup>

Die Kongrua, und zwar die nach den verschiedenen Dienstposten in verschiedener Höhe bemessene Kongrua durfte ferner in ihrem gesetzlich festgesetzten Ausmaße weder durch die Entrichtung der Grundsteuer<sup>3)</sup>, noch durch Gerichts- und Gemeindeumlagen<sup>4)</sup> geschmälert werden.

<sup>1)</sup> Bzw. vom 26. Jänner 1799, 19. Dezember 1800 und 30. August 1805; Rieder II S. 67.

<sup>2)</sup> Hfkzld. vom 13. Oktober 1843 (Rieder I S. 109): „Die pfarrliche Congrua mit 300 fl. und der aus dem Religionsfonde entrichtete Defizienten-Gehalt des Curat-Klerus dürfen nicht mit Execution belegt werden.“

<sup>3)</sup> Eröffnung des Hfkzl.-Präsid. vom 28. April 1821 an das Gubern. in Graz (Rieder I S. 475): „Die h. Hofkanzlei ist, nach Einvernehmen mit dem k. k. Finanz-Ministerium, dahin übereingekommen, daß die Grundsteuer von allen ihr obliegenden Objecten ohne Unterschied, mithin auch von denjenigen, in deren Besitz die Curat-Geistlichkeit ist, zu entrichten sey, der Curat-Klerus aber in den Fällen, wo die ihm gesetzlich bemessene Congrua durch die Entrichtung dieser Steuer geschmälert würde, zu entschädigen wäre.“ Ähnlich Hfkzld. vom 29. März 1833 (ebd.). Ferner Circul.-Verordn. d. o. e. Rgg. vom 14. Februar 1845 (Rieder I S. 113) und Erl. d. o. e. Statthalt. vom 1. Oktober 1850 (Rieder II S. 68). Vgl. auch Decr. d. o. e. Rgg. vom 1. August 1831 (Rieder I S. 113) und die ausführliche Darstellung bei Helfert a. a. O. II S. 165 bis 168; ferner das Hfd. vom 5. September 1825, Prov.-Ges. Mähr., 7. Bd. S. 222 (und die Ausführungen bei Helfert a. a. O. II S. 171/2), wonach bei Exekutionsführung gegen einen Kuratgeistlichen wegen Steuerrückständen die Kongrua stets unverletzt zu bleiben hatte. — Die angeführten Bestimmungen über die Kongruaergänzung bei Schmälerung der Kongrua durch geleistete Grundsteuer betrafen sowohl die Pfarrer neuer als auch alter Stiftung und gehörten somit zu jenen besonderen Vorschriften, durch welche auch den alten Pfarrern in bestimmten Fällen Kongruaergänzungen zugesichert worden waren. Vgl. darüber die „Gesetzlichen Bestimmungen“ S. 57 und die dort angeführten analogen Vorschriften betr. der Kuponsteuer und der Zuschläge zur Grundsteuer.

<sup>4)</sup> Die sogenannten „Wustungen“ in Tirol. S. die ausführliche Darstellung bei Wörz a. a. O. S. 31—46 und die dort angeführten gesetzlichen Vorschriften.



Zahlreiche weitere Vorschriften betrafen Form und Inhalt der Pfründenfassungen und die Form des Ansuchens um Kongruaergänzung<sup>1)</sup>, deren Bewilligung nunmehr<sup>2)</sup> der Amtswirksamkeit der Landesstellen zugewiesen wurde.<sup>3)</sup>

Eine wichtige Neuerung brachte die Ah. EntschlieÙung vom 25. April 1840<sup>4)</sup>, die verordnete, daß das Stoleinkommen nur dann und in dem Maße in die Kongrua einzurechnen wäre, als es jährlich den Betrag von 50 fl. K. M. übersteige, eine Begünstigung, die man allerdings nur den neugestifteten Pfarrern zubilligte<sup>5)</sup>, da man offenbar die altgestifteten Pfarrer trotz ihrer geringeren Kongrua immer noch für besser dotiert hielt, weil sie mehr Naturalnutzungen genossen als die meist nur auf ein Geldeinkommen angewiesenen „neuen“ Pfarrer.<sup>6)</sup> Wichtig ist, daß hierbei die sogenannten „Inzerten“ nicht als Stolgebühren einzubekennen waren, worunter man insbesondere alle freiwilligen Beiträge oder Gaben für selbstgeforderte, nicht vorgeschriebene priesterliche Verrichtungen verstand.<sup>7)</sup> Dagegen durfte

<sup>1)</sup> Vgl. darüber Wörz a. a. O. S. 6—29.

<sup>2)</sup> Während sie ursprünglich (s. oben) der Allerhöchsten EntschlieÙung vorbehalten gewesen und dann (durch Ah. Kabinettschreiben vom 24. Jänner 1800, Pol. Ges. 15. Bd. S. 4) der Hofstelle ohne besonderen Vortrag eingeräumt worden war. Vgl. Helfert a. a. O. II S. 169.

<sup>3)</sup> Hfkzld. vom 16. Mai 1807 und 2. Juni 1832 (Rieder I S. 114).

<sup>4)</sup> Rieder I S. 112. Vgl. auch Erl. d. Min. f. Kult. u. Unterr. vom 19. Februar 1853 (Rieder II S. 69).

<sup>5)</sup> S. den in der vorhergehenden Anmerkung genannten Min.-Erlaß.

<sup>6)</sup> Vgl. Motivenbericht S. 238. — Volkswirtschaftlich interessant ist, daß man auch den bloß in Geld dotierten Pfarrern von jeher wenigstens ein kleines Stückchen Grund und Boden zuzuweisen suchte. Hfd. vom 12. August 1790 (Rieder II S. 67): „Den bloß mit Geldeinkommen dotirten Pfarrern ist ein Gärtchen und ein kleiner Wiesengrund zuzuthellen.“

<sup>7)</sup> Wörz a. a. O. S. 11. Vgl. auch Prov.-Gesetz. Tirol Jahrg. 1824, Bd. XI, S. 615, und Motivenbericht S. 238. In gleicher Erwägung wurde auch wiederholt neuerlich eingeschärft, daß Kurrentstipendien für Manualmessen in die Dotation der Pfarrer nicht einzurechnen wären. Dekret d. Finanz-Hofstelle vom 22. Mai 1798 (Rieder I S. 113), Hfd. vom 2. April 1802 (Jaksch VIII S. 586), Gubernialdekret vom 24. Mai 1817 (Prov.-Gesetz. Tirol Jahrg. 1817, I S. 561; Wörz a. a. O. S. 10/11) u. a. m. Dem gleichen Gedankengange, daß freiwillige und daher unsichere Leistungen nicht als ständiges Amtseinkommen angesehen werden könnten, entsprach die Bestimmung des Hfkzld. vom 25. Jänner 1820

andererseits das Alumnatikum als eine persönliche Abgabe der Geistlichkeit nicht unter den Ausgaben zur Gutlassung in die Fassion eingesetzt werden.<sup>1)</sup>

Zum Kapitel der Pfründenfassionen gehört auch die Frage der Einrechnung des Einkommens aus geistlichen Stiftungen in die Kongrua. In diesem Punkte war die Praxis längere Zeit schwankend.<sup>2)</sup> Im allgemeinen ging sie allerdings dahin, daß mindestens das Einkommen aus neu (d. h. nach der josephinischen Pfarregulierung) errichteten Stiftungen den Seelsorgern neben ihrer Kongrua zugute kommen sollte und nicht zu fatieren wäre, da doch die Stifter offenbar eine Aufbesserung des normalmäßigen Einkommens der Seelsorger, nicht aber eine Entlastung des Religionsfonds beabsichtigt hätten, ein Standpunkt, dem auch das Hofdekret vom 20. Februar 1840, Z. 3152<sup>3)</sup>, wenigstens bezüglich der neuen Pfarren Rechnung trug, während bei den alten Pfarren die Stiftungsbezüge weiterhin in die Kongrua eingerechnet wurden. Doch bereits das Hofkanzleidekret vom 2. Dezember 1842<sup>4)</sup> schränkte diese Begünstigung auf jene Pfarrer ein, während deren Amtswirksamkeit die Stiftung angefallen war, wogegen ihre Amtsnachfolger das Stiftungseinkommen bereits wieder fatieren mußten. Eine einheitliche Regelung brachte erst der Kultusministerial-Erlaß vom 29. Dezember 1851<sup>5)</sup>, wonach der

(Rieder I S. 112), wonach „die hier und da üblichen Sammlungen der Geistlichkeit als Urbarial-Bezüge selbst dann nicht angesehen werden können, wenn sie in bestimmten Beträgen bestehen, und in den Grundbüchern vorgemerkt wären; weil sie ihrem Ursprunge nach freiwillige Leistungen sind.“

<sup>1)</sup> Hfd. vom 16. November 1826 (Rieder I S. 113).

<sup>2)</sup> Vgl. Motivenbericht S. 238/239.

<sup>3)</sup> Zitiert im Motivenbericht S. 239.

<sup>4)</sup> Rieder I S. 484: „... daß unter neuen Stiftungen, welche bei neuen Pfründen nicht in die Congrua einzurechnen sind, solche Stiftungen zu verstehen seyen, welche erst während des Nutzgenusses eines Pfründners zugewachsen sind, dem sie daher für seine Person nach bereits geschlossenem Dotations-Acte mit Rücksicht auf seine früheren Einkünfte, auf die er schon investirt ist, freizulassen sind, wogegen sie seinem Nachfolger anstandslos wieder zur Last zu schreiben sind.“

<sup>5)</sup> Rieder II S. 145: „In der Berücksichtigung, daß der Errichtung der geistlichen Stiftungen nicht bloß die Verrichtung einer gottesdienst-

Stiftungsbezug künftig (d. i. nach diesem Erlasse) zu errichtender Messenstiftungen von der Einrechnung in die Kongrua der Seelsorger ausgenommen war, welche Bestimmung der Kultusministerial-Erlaß vom 20. Mai 1866, Z. 3374<sup>1)</sup> noch ausdrücklich als auch auf die alten Pfarren anwendbar erklärte.<sup>2)</sup>

Alle neuen Verordnungen bedeuteten jedoch keine tatsächliche Reformierung der bestehenden Kongrua-Vorschriften, da sie deren Hauptmängel — die unterschiedliche Behandlung der alt- und neugestifteten Pfarren, die sachlich inkonsequent durchgeführte Einrichtung der Lokalkaplaneien und insbesondere die im allgemeinen zumeist bereits von vornherein zu niedrig angesetzten und im Verlaufe der Zeit immer unzureichender werdenden Kongruaziffern — nicht berührten. So wurde vor allem die wegen Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel von Joseph II. eingeführte, oben bereits besprochene Unterscheidung zwischen alt- und neugestifteten Pfarrern bei der in der Folge stets mehr hervortretenden Unvermögenheit des Religionsfonds, die an ihn gestellten immer wachsenden Ansprüche zu befriedigen, ein volles Jahrhundert hindurch festgehalten.<sup>3)</sup> Bloß in Böhmen hatte man einmal den Versuch gemacht, diese in vieler Hinsicht unbillige Unterscheidung zu beseitigen, indem man mit den Hofdekreten vom 30. April 1807, Z. 7879<sup>4)</sup>, und vom 11. Februar 1808, Z. 2719<sup>5)</sup>, wenig-

lichen Handlung, sondern auch die Absicht der Verbesserung des Seelsorgers zu Grunde liegt, findet man sich durch mehrfache Anfragen zu der Anordnung veranlaßt, daß bei künftig zu errichtenden Messenstiftungen der Stiftsbezug in die Congrua (sc. der Seelsorger) und Dotation der Mendikanten nicht einzurechnen sei.“ Aus Erlaß des o. e. Statthalters vom 23. Mai 1852 (Rieder II S. 247) ergibt sich, daß im vorstehenden Erlasse nach dem Worte „Congrua“ die Worte „der Seelsorger“ dem Sinne nach einzuschließen sind.

<sup>1)</sup> Zitiert im Motivenbericht S. 239.

<sup>2)</sup> Damit war eine ausnahmslose Regelung hergestellt, und die Frage der Einrechnung der Messenstiftungen, welche bei manchen Pfarren einen nicht unbedeutenden Teil des Einkommens darstellten, regelte sich nunmehr ganz einfach einzig danach, ob sie vor oder nach dem erwähnten Ministerialerlasse vom 29. Dezember 1851 errichtet worden waren.

<sup>3)</sup> Vgl. hierzu insbesondere Motivenbericht S. 232—235.

<sup>4)</sup> Zitiert im Motivenbericht S. 233.

<sup>5)</sup> Jaksch VIII S. 508.

stens den Seelsorgern an jenen altgestifteten Pfarren, die entweder mit gar keinen oder nur geringen Naturalbezügen dotiert waren, die erhöhte Kongrua der neuen Pfarrer und Lokalkapläne und deren Anspruch auf Kongruaergänzung aus dem Religionsfonds zuerkannte, eine Begünstigung, die jedoch bereits mit Hofdekret vom 28. Dezember 1811<sup>1)</sup> mit der Wirkung wieder aufgehoben worden ist, daß in der Folge der alte Standpunkt um so stärker betont wurde.<sup>2)</sup>

In der Praxis wurden allerdings aus Gründen der Billigkeit vielen altgestifteten Pfarrern, als sie durch das Finanzpatent vom Jahre 1811 weit unter die alte 300 fl.-Kongrua fielen, ganz allgemein bis zum Betrage von 300 fl. K. M. Unterstützungen aus dem Religionsfonds gewährt<sup>3)</sup>, doch wurde der Grundsatz festgehalten, daß dies keine „Kongruaergänzung“, sondern eine ohne Verpflichtung gnadenweise gewährte Unterstützung wäre.

Abgesehen von der Unbilligkeit der verschiedenen Behandlung der alten und neuen Pfarrer, ergaben sich auch Schwierigkeiten bei der Anwendung dieser Unterscheidung auf jene Länder, in denen die josephinische Pfarregulierung

<sup>1)</sup> Jaksch VIII S. 509.

<sup>2)</sup> Hfd. vom 21. März 1822 (Jaksch VIII S. 512), wonach „der Religionsfond im Allgemeinen rücksichtlich der Pfarrer alten Ursprungs die Verpflichtung der Kongruaergänzung nie übernommen hat“; ferner Hfkzld. vom 14. Juli 1825 (Rieder I 113) u. a. m. Nur der bereits ursprünglich den alten Pfarrprüfenden zugebilligte Anspruch auf Entschädigung einer Verminderung ihrer Kongrua unter 300 fl. K. M. durch Staatsverfügungen wurde anerkannt (Hfkzld. vom 13. Januar 1820 Z. 579, Ministerialdekrete vom 27. Dezember 1866 und 19. Februar 1867 Gesetzliche Bestimmungen S. 57).

<sup>3)</sup> Hfd. vom 6. Februar 1812 (Jaksch VIII S. 109): „Eine Kongruavermehrung kann demalen höchstens nur dann eintreten, wenn die Einkünfte eines Pfarrers unter 300 fl. durch die Interessenverminderung herabfielen.“ Ähnlich die Hfd. vom 24. Februar 1812 und vom 27. Dezember 1821 (Jaksch VIII S. 509 und 512). Hfkzld. vom 14. Dezember 1825 Z. 37863 (Gesetzliche Bestimmungen S. 57), wonach „die sogenannten alten Pfarren bis zur Completirung ihres fassionsmäßigen Einkommens bis zu dem Betrage von 315 fl. (gleich 300 fl. K. M.) unterstützt werden“ können. „Jedoch darf (Ministerialdekr. vom 11. April 1868 Z. 2353, n. Steierm., Gesetzliche Bestimmungen S. 57) dieser Antrag nur im äußersten Nothfalle gestellt werden.“ S. auch Hfkzld. vom 19. März 1840 (Rieder II S. 67).

nicht durchgeführt worden war, oder die erst später dem österreichischen Staatsverbande einverleibt wurden.<sup>1)</sup> Aber auch in den Ländern der josephinischen Pfarreinrichtung war es oft nicht leicht, im einzelnen Falle die Eigenschaft einer Pfarre als alte oder neugestiftete festzustellen, so daß diese Unterscheidung zu dauernden Streitigkeiten Anlaß gab.<sup>2)</sup> Eine Reform in diesem Punkte war deshalb dringend nötig.

Eine ähnliche Unbilligkeit wie die Unterscheidung von „alten“ und „neuen“ Pfarrern lag in der Unterscheidung zwischen Pfarrern und „Lokalkaplänen“, welche letztere eine Neuschöpfung der josephinischen Pfarreinrichtung<sup>3)</sup> darstellten. Anknüpfend nämlich an die an vielen Orten bereits vorher bestehende Einrichtung der exponierten Hilfspriester, der sogenannten Kuratkapläne, Lokalisten oder Expositen, die an im Pfarrbezirke liegenden Neben- oder Filialkirchen den Seelsorgedienst versahen, waren bei der josephinischen Pfarreinrichtung neben zahlreichen neuen Pfarren noch zahlreichere „Lokalkaplaneien“ errichtet worden.<sup>4)</sup> Während aber die alten Kuratkapläne mehr oder minder abhängige Gehilfen des an der Mutterpfarre residierenden Pfarrers darstellten, waren die neuen Lokalkapläne durchaus selbständig und mit voller pfarrlicher Jurisdiktion ausgestattet, hatten also faktisch die Stellung selbständiger Pfarrer, hinter denen sie aber durch Titel und geringere Dotation (meist 300 statt 400 fl. K. M.) zurückstanden.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Spätere Pfarregulierungen erfolgten in der Bukowina im Jahre 1811, in Salzburg im Jahre 1819, im exvenetianischen Istrien im Jahre 1825 und in Dalmatien im Jahre 1849 (s. Gesetzliche Bestimmungen S. 55).

<sup>2)</sup> Motivenbericht S. 234.

<sup>3)</sup> Hfd. vom 9. Mai 1822 (Jaksch VIII S. 512) lit. a: „Lokalkapläne alter Stiftung giebt es im freyen Sinne keine, da diese eine Kreazion der neuen Pfarregulirung sind.“

<sup>4)</sup> Motivenbericht S. 235/236.

<sup>5)</sup> Vrdg. vom 6. März 1784 an die o. e. Rgg. (Rieder I S. 108): „Obgleich den Lokalkaplänen ein geringerer Gehalt als den Pfarrern bestimmt ist, gleichwie sie auch für jene Gemeinden angetragen worden sind, die minder zahlreich sind; so müssen sie doch in der geistlichen Jurisdiction mit den Pfarrern ganz gleich seyn, somit alle Parochialia ausüben, und so wie diese dem nächsten Rural-Dechante unterstehen.“

Da diese Unterscheidung zwischen Pfarrern und Lokalkaplänen ziemlich systemlos und ohne viele Rücksicht auf die örtlich verschiedenen Seelsorgebedürfnisse durchgeführt wurde und sogar aus finanziellen Gründen das Streben hervortrat, die neuen Pfarren so viel als tunlich als Lokalkaplaneien zu konstituieren<sup>1)</sup>, ergab sich mancherorts die sachlich durchaus ungerechtfertigte Folgeerscheinung, daß in dichtbevölkerten Seelsorgebezirken und unter schwierigen Pastorierungsverhältnissen nur Lokalkaplaneien und in weniger bevölkerten Bezirken und unter viel einfacheren Verhältnissen Pfarren bestanden. Erwägt man weiter, daß sich die Lokalkapläne infolge ihres Titels von den älteren unselbständigen exponierten Kuratkaplänen nicht genügend unterschieden und dies nicht selten Anlaß zu Zweifel und Streit über ihre kirchliche Stellung und Rechte gab<sup>2)</sup>, so wird klar, daß hier eine Reform im Sinne einer vollständigen Gleichstellung der Lokalkapläne mit den Pfarrern ein dringendes Bedürfnis war.

Die Hauptschwäche der josephinischen Kongrua-Vorschriften lag jedoch in der von vornherein zu knapp bemessenen Dotation der Seelsorger, deren „systemmäßig“ eingeräumte Kongruabezüge der großen Mehrzahl nach kaum zur Deckung der bescheidensten Lebensansprüche hinreichten, weshalb das Bestreben nach Erhöhung derselben fast ebenso alt ist wie ihre Einrichtung selbst. Bereits das infolge der „Klagen der Bischöfe über den Mangel an Nachwuchs der Geistlichkeit“ am 25. Oktober 1792<sup>3)</sup> erlassene, Anordnungen zur „Geistlichkeitsmangelabhefung“ treffende Hofdekret stellte eine (hernach aber nicht zur Durchführung gelangte) Kongruaerhöhung in Aussicht, „um

---

Dieser ganz richtige Grundsatz, Lokalkaplaneien nur für weniger bevölkerte Seelsorgebezirke zu konstituieren, wurde allerdings in der Praxis durchaus nicht konsequent durchgeführt.

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. Kušej a. a. O. S. 255–265, wo aus dem Angaben über die Pfarregulierung in Krain, Steiermark und Kärnten die bedeutend größere Zahl der Lokalkaplaneien gegenüber den Pfarren unter den neugegründeten Seelsorgestationen deutlich hervortritt.

<sup>2)</sup> Motivenbericht a. a. O.

<sup>3)</sup> Jaksch II S. 428.

den Reitz zur Annahme des geistlichen Standes zu vermehren“. Tatsächliche ziffernmäßige, durch die zunehmende Teuerung allerdings wieder wettgemachte Aufbesserungen brachten erst einige Hofdekrete des beginnenden 19. Jahrhunderts, die teils zu den bisherigen Kongruaansätzen Teuerungszulagen bewilligten<sup>1)</sup>, teils den nur mit Bargeld dotierten Seelsorgern dem enorm sinkenden Werte des Papiergeldes entsprechende Prozentualzuschüsse gleichwie den Staatsbeamten gewährten.<sup>2)</sup> Diese Aushilfen waren jedoch, entsprechend ihrem Anlasse, nur vorübergehend. So wurden nach dem Erscheinen des Finanzpatentes vom Jahre 1811 mit Hofdekret vom 28. Dezember desselben Jahres<sup>3)</sup> alle Teuerungszulagen wieder abgeschafft und die Höhe der Kongrua auf den alten Stand vom Jahre 1798 zurückgeführt. Auch die Prozentualzuschüsse hörten schließlich wieder auf, seitdem die aus dem Religionsfonds geleisteten Bezüge mit Wirksamkeit ab 1. November 1818 wieder in Metallgeld ausbezahlt wurden.<sup>4)</sup>

Die tatsächliche Erhöhung der Seelsorgergehälter, die bereits 1813 für unmittelbar bevorstehend gehalten wurde<sup>5)</sup>,

<sup>1)</sup> Mit Hfd. vom 2. April 1802 (Jaksch X S. 664; Rieder I S. 111. Vgl. auch Hfkzld. vom 26. Juli 1804, Rieder I S. 111) wurde den mit nicht mehr als 300 fl. bzw. 150 fl. dotierten Lokalkaplänen und Kooperatoren eine jährliche Zulage von 50 fl. gewährt, welche Begünstigung mit Hfd. vom 26. Februar 1805 (Jaksch X S. 666) auch auf die nicht mehr als 350—400 fl. beziehenden neuen Pfarrer und Lokalkapläne ausgedehnt wurde. Mit Hfd. vom 9. Oktober 1807 (Jaksch VIII S. 508) wurde dann die Kongrua für die nur mit barem Gelde dotierten neugestifteten Seelsorger unter Einziehung der bisherigen Teuerungszulagen für Pfarrer von 400 fl. auf 500 fl., für Lokalkapläne von 350 fl. auf 400 fl. und für Kooperatoren von 200 fl. auf 300 fl. erhöht.

<sup>2)</sup> S. die Hfd. vom 21. Februar und 5. Juli 1810, 1. März 1811, 13. Februar, 1. Mai und 8. August 1815, 30. April und 21. August 1818 (Jaksch X S. 667—676).

<sup>3)</sup> Jaksch VIII S. 509.

<sup>4)</sup> S. Hfd. vom 27. März 1819 und Gubernialverordnung vom 6. Dezember 1821 (Jaksch VIII S. 113 und 511).

<sup>5)</sup> Hfd. vom 26. Februar 1813 (Jaksch VIII S. 510): „Es hat vor der Hand noch bei der alten ursprünglichen Kongrua der Religionsfondskuraten . . . zu verbleiben; da ohnehin über eine Verbesserung des Schicksals der Religionsfondsseelsorger eine besondere Verhandlung im Zuge ist.“

ließ jedoch endlos auf sich warten. Allerdings wurde sie nicht eigentlich vergessen. So verfügte Kaiser Franz I. mit Ah. Entschließung vom 25. September 1816, die Hofkanzlei habe „das schon lange verzögerte Operat wegen der allgemeinen Congruaregulierung für die zu gering dotirte Curatgeistlichkeit möglichst zu beschleunigen“. Im Jahre 1822 wurde dieser Auftrag betrieben und mit Ah. Entschließung vom 18. Jänner 1824 sprach der Kaiser abermals die Zuversicht aus, daß das neue „Congrua-Bemesungsoperat“ binnen drei Monaten vorgelegt werde. Mit Ah. Entschließung vom 25. April 1826 wurde befohlen, daß dieser Gegenstand in einer eigenen Zusammenkunft mit dem Finanzministerium reiflich zu erwägen sei, und weitere Ah. Resolutionen aus den Jahren 1834, 1837 und 1841 betrieben die Angelegenheit neuerdings.<sup>1)</sup> Obgleich also die Kongruaregulierung dauernd „im Auge behalten“ wurde, kam es trotzdem noch lange nicht zu ihrer tatsächlichen Durchführung. Der schon von vornherein überlastete und allzu bürokratisch verwaltete Religionsfonds war eben in der Finanzkrise des zweiten Jahrzehntes des 19. Jahrhunderts unrettbar passiv geworden und verlangte ohnedies bereits so bedeutende staatliche Zuschüsse, daß man diese noch mehr zu steigern nicht den Mut hatte.

Wie im Vormärz, so beeilte man sich auch nach dem Jahre 1848 durchaus nicht mit der Aufbesserung der Kongruabezüge. Trotz einer Eingabe der im Jahre 1849 in Wien versammelten Bischöfe an den Minister des Innern, worin neben anderen Wünschen die Erhöhung der Bezüge der Seelsorger „auf angemessene, den Zeitverhältnissen besser entsprechende Beträge“ verlangt wurde, und trotz einer Äußerung des Finanzministeriums vom 17. Januar 1853, Z. 587, worin die Kongruaaufbesserung „eine durch die höchsten Gründe der Staatsweisheit geforderte Maßregel“ genannt und zugegeben wurde, daß die Lage des Klerus infolge der gestiegenen Preise, der erhöhten Steuern

<sup>1)</sup> Motivenbericht S. 241 und Bericht des Kongrua-Ausschusses des Abgeordnetenhauses vom 15. März 1884 (Beilagen zu den stenograph. Protokollen des Abgeordnetenhauses, IX. Session, Nr. 882), abgedruckt bei Burckhard a. a. O. II S. 261.



und der Ablösung aller Grundlasten sich ganz bedeutend verschlechtert habe, blieb es auch weiterhin bei jahrzehntelang sich hinziehenden fruchtlosen Verhandlungen.<sup>1)</sup> Die Zahl der in materielle Bedrängnis geratenden Seelsorger wurde bei ihrer immer unzulänglicher werdenden Besoldung eine immer größere, und als natürliche Folge dieser Verhältnisse fanden sich immer weniger Anwärter für den geistlichen Stand, so daß schließlich in den meisten Diözesen ein Priestermangel fühlbar wurde. Derart war die Kongruaregulierung zu einem unbestreitbaren Bedürfnis geworden, das schließlich einen weiteren Aufschub nicht mehr duldete.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Motivenbericht S. 242 und Bericht des Kongrua-Ausschusses a. a. O. S. 261/262. Vgl. auch Art. XXVI des Konkordates von 1855, wonach „die Ausstattung der Pfarren, welche keine nach den Verhältnissen der Zeit und des Ortes genügende Kongrua haben, so bald es möglich ist, vermehrt . . . werden wird“. S. hierzu Max Hussarek, Die Verhandlung des Konkordats vom 18. August 1855, im Archiv für österreichische Geschichte, herausg. von der Akademie der Wissenschaften in Wien, 109. Bd., 2. Hälfte, 1922, S. 447 ff. Insbesondere (im Texte) S. 498, 566 Anm. 240, 627—630, 666 (und in den Beilagen) 760, 788, 797, 801 und 806. Doch trotz dieser Bestimmung des Konkordats und trotz des neuerlichen Drängens der im Jahre 1856 abermals in Wien versammelten Bischöfe wurde die allgemeine Kongruaregulierung mit Rücksicht auf die triste Finanzlage des Staates noch immer nicht in Angriff genommen.

<sup>2)</sup> Eine weitere, hier noch kurz zu erwähnende, reformbedürftige Unvollkommenheit der josephinischen und nachjosephinischen Kongruavorschriften lag in der Planlosigkeit, mit der man teils von vornherein, teils erst später für die Seelsorger bestimmter Städte und selbst ganzer Länder höhere Spezialkongruen festgesetzt hatte. Vgl. hierzu Gesetzliche Bestimmungen S. 55/56; Hfkzld. vom 13. August 1824 (Rieder II S. 67) und insbesondere Motivenbericht S. 240/241 und Singer a. a. O. S. 149/150. Es war ja gewiß geboten und wohl begründet, daß man besonderen örtlichen Verhältnissen durch Erhöhung der Kongrua Rechnung trug; da man aber diesbezüglich nicht gleichmäßig vorging, von Fall zu Fall anders entschied, einmal höhere Kongruen bewilligte und in anderen gleichartigen Fällen nicht die geringste Rücksicht walten ließ, und da man schließlich die Kongruaziffer in der allerverschiedensten Art, weit über die durch die Lokalverhältnisse gebotenen Unterschiede hinaus, festsetzte, hatte dieses Vorgehen nur zu oft völlig unbegründete örtliche Verschiedenheiten und damit gewisse Unbilligkeiten zur Folge. Ganz richtig fragt der Motivenbericht (S. 241), indem er Stichproben hervorhebt: „Warum soll z. B. der Pfarrer in Brunn nicht die gleichen Ansprüche zu Recht haben, wie jener in Prag und Lemberg, der Pfarrer

#### IV. Das Gesetz vom 19. April 1885, R.-G.-Bl. Nr. 47.

Als die dringliche Notwendigkeit einer Kongruaregulierung bereits nicht mehr zu übersehen war<sup>1)</sup>, ordnete endlich im Jahre 1870 das Ministerium für Kultus und Unterricht genaue Erhebungen über die Dotation der Pfründen und Klöster, über die rechtlichen und ökonomischen Verhältnisse des Religionsfonds und über die erforderliche Mehrbelastung desselben bei einer den Landesverhältnissen entsprechenden Erhöhung der Pfarrdotationen an. Während diese Vorarbeiten noch im Zuge waren, wurde die Kongruafrage auch im Abgeordnetenhouse zur Sprache gebracht, indem in der Sitzung vom 14. März 1871 der Abgeordnete Kanonikus Dr. Ginzel den Antrag stellte; „Es solle der bisherige, für die katholische Seelsorgegeistlichkeit, das ist für die Pfarrer und deren Kooperatoren, zu ihrem Lebensunterhalte gesetzlich bestimmte Jahresbetrag in einem der Würde und den Anforderungen ihres Standes und den Zeitverhältnissen entsprechendem Maße erhöht werden“.

Da die legislative Regelung der Kongruafrage bei den umfassenden Vorarbeiten nicht rasch genug durchgeführt

in Olmütz nicht gleichstehen jenem in Steyr oder Vöckla-Bruck!“ Zweifellos war auch in diesem Punkte eine Neuregelung dringend geboten.

<sup>1)</sup> Die Gesetzgebung war jetzt immerhin bereits von anderen Ansichten geleitet als seinerzeit Kaiser Joseph II., und der Motivenbericht zum Gesetz vom 19. April 1885 (a. a. O. S. 230) sagt: „Allerdings läßt sich heutzutage die staatliche Fürsorge für die Kirchendiener nicht mehr aus dem Gesichtspunkte rechtfertigen, daß ein solcher Funktionär staatliche Aufgaben versieht, wohl aber ergibt auch die der katholischen Kirche gewahrte Eigenschaft einer großen öffentlichen Korporation, an deren Bestand und geregelter Tätigkeit der Staat das allergrößte Interesse hat, daß Letzterem die unentbehrlichen materiellen Bedürfnisse dieser Korporation und ihrer Diener nicht gleichgültig sein können, und es folgt weiters aus der historischen Durchbildung dieser Verhältnisse, aus den geschichtlich erwachsenen Beziehungen zwischen der Staats- und der Kirchengewalt, aus der Einziehung von so vielem Kirchengut, aus der eigentümlichen, kirchlich-staatlichen Einrichtung des Religionsfondes und aus noch vielen anderen positiven Momenten, daß auch die regelmäßige Fürsorge für den Unterhalt der dem Staate wichtigsten Klasse von kirchlichen Organen, der Seelsorger, nicht über die Grenze jenes staatlichen Interesses an der Kirche hinausgeht.“

werden konnte, kam auf Antrag der Regierung, da „die traurige ökonomische Lage des katholischen Seelsorgeklerus dringend Abhilfe verlange“, als „provisorische Maßregel zur Linderung des drückendsten Notstandes“ das Gesetz vom 3. April 1872, R.-G.-Bl. Nr. 51, zustande, womit die Regierung ermächtigt wurde: „Seelsorgern, deren Einkommen den Bedürfnissen nicht entspricht, auf ihr Ansuchen für das Jahr 1872 und ohne Verbindlichkeit für die Folgezeit eine provisorische Verbesserung ihrer Bezüge bis zum Gesamtbetrage von 500 000 fl. aus dem Religionsfonde zu gewähren“. Die Verteilung erfolgte durch das Kultusministerium auf Grund der Anträge der Ordinariate und der Landesstellen. Dieselbe Unterstützung wie für das Jahr 1872 wurde auch noch für die Jahre 1873—1875 bewilligt, während seit dem Jahre 1876 an deren Stelle das mit 600 000 fl. präliminierte Erträgnis der durch das Gesetz vom 7. Mai 1874, R.-G.-Bl. Nr. 51, neugeregelten Religionsfondssteuer trat.<sup>1)</sup>

Nachdem inzwischen die Vorarbeiten zum Abschlusse gekommen waren und durch die beiden Gesetze vom 7. Mai 1874, R.-G.-Bl. Nr. 50, über die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, und R.-G.-Bl. Nr. 51 über die Religionsfondsbeiträge, die kirchenpolitische Reform in die Wege geleitet worden war, in deren Rahmen sich nach Ansicht der Regierung auch die Regelung der Dotationsfrage einfügen sollte, brachte die Regierung im Jahre 1876 eine Gesetzesvorlage, betreffend die Dotation der katholischen Seelsorgegeistlichkeit aus dem Religionsfonde, ein. Da diese Vorlage in der laufenden VIII. Session des Reichsrates nicht zur Verhandlung gelangte, wurde sie von der Regierung unter besonderer Betonung der Dringlichkeit der Sache nach Zusammentritt des neugewählten Abgeordnetenhauses, im wesentlichen gleichlautend, zu Beginn des Jahres 1880 erneuert und nach Durchberatung im Kongrua-Ausschusse des Abgeordnetenhauses<sup>2)</sup> und in der Kommission des Herren-

<sup>1)</sup> Motivenbericht S. 243 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. den bereits oben erwähnten Bericht des Kongrua-Ausschusses des Abgeordnetenhauses.

hauses<sup>1)</sup> mit zum Teil recht wesentlichen Änderungen<sup>2)</sup> am 19. April 1885 zum Gesetz erhoben.

Das Gesetz vom 19. April 1885, mit welchem provisorische Bestimmungen über die Dotation der katholischen Seelsorgegeistlichkeit erlassen werden, R.-G.-Bl. Nr. 47, ausgegeben am 30. April 1885, V.-Bl. Nr. 17<sup>3)</sup>, brachte endlich an Stelle der bisherigen zahllosen,

---

<sup>1)</sup> S. den Bericht der Kommission des Herrenhauses vom 19. März 1885 (Beilagen zu den stenograph. Protokollen des Herrenhauses, IX. Session, Nr. 561), abgedruckt bei Burckhard a. a. O. II S. 270 ff. Vgl. auch die Erklärung, die der Kardinal-Fürst-Erzbischof Ganglbauer vor Eröffnung der Spezialdebatte im Namen sämtlicher österreichischen Bischöfe zu den Protokollen des Herrenhauses gab, abgedruckt im Archiv für katholisches Kirchenrecht LIV, 1885, S. 147.

<sup>2)</sup> Eine besonders wesentliche Abänderung gegenüber der Regierungsvorlage bedeutete es, daß im Gesetze bzw. in dem diesem angeschlossenen Schema I die Kongruabeträge ziffernmäßig genau bestimmt wurden, während nach der Regierungsvorlage die Festsetzung der Höhe derselben der Regierung im Verordnungswege nach Maßgabe der jeweils in den Finanzgesetzen bewilligten Kredite hätte vorbehalten werden sollen, was die Stabilität der Seelsorgergehälter ins Ungewisse gestellt hätte. — Die Regierungsvorlage findet sich abgedruckt in J. Martini (Pseudonym für Bischof Missia), Zur Congrua-Frage des kath. Seelsorge-Clerus in Österreich, Graz 1883, S. 225, welche Schrift im übrigen sehr eingehend auf die Mängel der damals bestehenden Kongruavorschriften sowie auf die eben im Zuge befindliche Neuregelung derselben eingeht und beachtenswerte Reformvorschläge macht.

<sup>3)</sup> Die dazu gehörige ursprüngliche Durchführungsverordnung, welche am 2. Juli 1885, R.-G.-Bl. Nr. 99, erlassen worden war, wurde durch die wesentlich abgeänderte Verordnung des Min. f. Kultus u. Unterr. und des Fin.-Min. vom 20. Januar 1890, R.-G.-Bl. Nr. 7, ersetzt. — Als Ausführungsverordnungen kommen die beiden Verordnungen des Min. f. Kultus u. Unterr. und des Fin.-Min. vom 8. Dezember 1885, R.-G.-Bl. Nr. 170, bzw. vom 19. Juni 1886, R.-G.-Bl. Nr. 107, in Betracht, welche festsetzen, mit welchen Beträgen gemäß § 3, 2b des Kongrua-gesetzes die Kanzleiauslagen der Seelsorger für die Matrikenführung bzw. die mit der Führung des Dekanatsamtes verbundenen Auslagen in die Pfründenfassungen als Ausgaben einzusetzen wären. Einige Nachtragsverordnungen dazu s. Ernst Mayrhofer, Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern, IV. Bd., 5. Aufl., Wien 1898, S. 207 Anm. — Als Ergänzung kommt endlich die Verordnung des Gesamtministeriums vom 26. April 1891, R.-G.-Bl. Nr. 55, hinzu, welche die aus Anlaß der vollzogenen Vereinigung der Vororte mit Wien eintretenden Änderungen

zum Teil auf ein Jahrhundert zurückgehenden, nicht selten widerspruchsvollen und in ihrer Menge unübersichtlichen Kongrua-Vorschriften eine einheitliche Regelung des Gegenstandes und bedeutete bereits dadurch einen wesentlichen Fortschritt. Aber auch in der Sache selbst stellte das Gesetz einen bedeutenden Schritt nach vorwärts dar, indem die alte, längst unhaltbar gewordene verschiedene Behandlung der neu- und altgestifteten Pfarrer sowie der Pfarrer und der Lokalkapläne endgültig aufgegeben wurde. Sie alle wurden unter der gemeinsamen Bezeichnung „selbständige katholische Seelsorger“ unterschiedslos zusammengefaßt<sup>1)</sup>, und es wurde ihnen sowohl wie den systemisierten<sup>2)</sup> Hilfspriestern der Anspruch auf Kongruaergänzung aus den Religionsfonds bzw. aus deren staatlicher Dotation gewährt, soweit die ihnen zukommende Kongrua nicht aus dem mit dem geistlichen Amte verbundenen Einkommen gedeckt war.<sup>3)</sup>

(in den Aktivitätsbezügen der Staatsbeamten und) in der Kongrua der Seelsorger betraf.

<sup>1)</sup> S. § 1 des Kongruagesetzes: „Selbständigen katholischen Seelsorgern und systemisierten Hilfspriestern wird das standesgemäße Minmaleinkommen (Kongrua), insoweit dasselbe durch mit dem geistlichen Amte verbundene Bezüge nicht gedeckt ist, aus den Religionsfonds, beziehungsweise aus der staatlichen Dotation derselben ergänzt . . . .“ Vgl. übrigens zum ganzen Gesetz Mayrhofer a. a. O. S. 169—208 und die dort angeführten zahlreichen Reichsgerichts- und Verwaltungsgerichtshofs-Erkenntnisse. S. ferner im Archiv f. kath. Kirchenrecht LVII, 1887, S. 423—466: „Aktenstücke in Betreff der Kongruaregulierung in Österreich (1885—1886)“ und eb d. LIX, 1888, S. 101 ff. die Mitteilung von V. Renard: „Zur Auslegung des österr. Kongruagesetzes vom 19. April 1885.“

<sup>2)</sup> Als „systemisiert“ im Sinne des Kongruagesetzes ist nur jener Hilfspriester anzusehen, dessen Posten von der Staatsverwaltung als notwendig anerkannt in das System der Seelsorge aufgenommen worden ist. S. die bei Mayrhofer a. a. O. S. 175 Anm. 1 lit. a angeführten Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes. — Ein vom Bischof nur ad personam beigegebener Hilfspriester hat daher keinen Kongruaanspruch (Erk. d. Reichsger. vom 22. April 1890, Sammlung der nach gepflogener mündl. Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k. k. Reichsgerichtes, begründet von Anton Hye Freiherrn von Glunek, fortgesetzt von Karl Hugelmann, Wien, IX 483).

<sup>3)</sup> Insoweit ein Dritter zur Dotation der Pfarrgeistlichkeit verpflichtet ist (z. B. der Patron oder die Gemeinde infolge übernommener

Des weiteren regelte das Gesetz die Entlohnung der Provisoren erledigter Pfründen<sup>1)</sup> und erkannte schließlich auch den „ohne ihr Verschulden leistungsunfähig gewordenen Seelsorgern“, „ohne Rücksicht auf ihr etwaiges Privateinkommen“, den Anspruch auf einen Ruhegehalt zu, der, insofern er nicht aus dem Pfründeneinkommen gedeckt werden konnte, aus den Religionsfonds bzw. aus deren staatlicher Dotation zu bestreiten war.<sup>2)</sup>

Mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. April 1885 war endlich die Grundlage für eine umfassende Dotationsreform der katholischen Seelsorgegeistlichkeit ge-

Unterhaltungsverpflichtung) besteht überhaupt keine Verpflichtung des Religionsfonds. Vgl. die bei Burckhard a. a. O. II S. 277 Anm. 191 und bei Mayrhofer a. a. O. S. 169/170 Anm. angeführten Erkenntnisse des Reichsger. und des Verw.-Ger.-H. — Vgl. übrigens auch § 8 des Kongruagesetzes.

<sup>1)</sup> § 5 des Kongruagesetzes. — Der geringste Provisorengehalt betrug 30 Gulden monatlich!

<sup>2)</sup> § 6 des Kongruagesetzes. — Die Höhe des Ruhegehaltes richtete sich nach dem dem Gesetze angeschlossenen Schema II. — Die Regierungsvorlage hatte die Bezüge der Defizientenpriester ursprünglich ganz außer dem Bereiche ihrer Fürsorge gelassen und dies damit begründet, „daß die Rücksicht auf die Finanzlage keine Aufbesserung der Defizientenbezüge gestatte“. Der Kongrua-Ausschuß des Abgeordnetenhauses sprach sich jedoch für die untrennbare Behandlung beider Fragen, der Kongruaregulierung und der Defizientenversorgung, aus, und wies darauf hin, daß es notorisch sei, daß die karge Versorgung der Defizienten im Dotationswesen der katholischen Geistlichkeit vielleicht den wundeesten Punkt bilde und die Rufe nach einiger Abhilfe gerade in bezug darauf am drängendsten sich geltend machten. — Der Beisatz „ohne Rücksicht auf ihr etwaiges Privateinkommen“ bedeutete eine bisher nicht geübte, billige Rücksichtnahme, da infolge der Bestimmung des Hfd. vom 26. Dezember 1788, Nr. 5 (Jaksch IV S. 346), daß defizienten Priestern Gehalte aus dem Religionsfonds „nur im Falle der äußersten Noth“ verabfolgt werden sollten, nach der bisherigen Praxis Defizienten, rücksichtlich derer herauskam, daß ihnen „anderweitige Subsistenzmittel“ zu Gebote standen, in demselben Maße von dem Anspruche auf einen Bezug aus öffentlichen Mitteln ausgeschlossen wurden. Vgl. Burckhard a. a. O. II S. 313/314. — Bezüglich der bisherigen Bestimmungen über die Defizientenversorgung s. oben S. 122/123, ferner insbesondere das Hfd. vom 15. März 1792 (Jaksch IV S. 347), weiter die bei Rieder I S. 127—133 und Gesetzliche Bestimmungen S. 60/61 angeführten Gesetzesstellen. Vgl. endlich Helfert a. a. O. II S. 173—187 und Martini a. a. O. S. 180—190.

schaffen worden. Das Gesetz erhob ja auch gar nicht den Anspruch, eine endgültige Regelung getroffen zu haben, weshalb es sich selbst als „provisorisch“ bezeichnete. Es war auch tatsächlich noch sehr verbesserungsfähig, ja sogar teilweise verbesserungsbedürftig, wie im folgenden kurz gezeigt werden soll.

Eine Hauptschwäche des provisorischen Kongrua-gesetzes bestand darin, daß die Aufbesserungen der Kongrua-ansätze im allgemeinen äußerst bescheiden und noch immer unzureichend waren. Die Regierung hatte allerdings bei Einbringung der Gesetzesvorlage die Notwendigkeit einer ausreichenden Dotationsaufbesserung klar eingesehen, da „die Notlage des Seelsorgeklerus wirklich bis zu einem Grade gestiegen wäre, wo der Staat schon um seiner selbst willen Hilfe bringen müsse“.<sup>1)</sup> Die Regierung hatte auch zugegeben, daß sie „die ursprünglich von den Landesbehörden und den Ordinariaten beantragten und selbst die von ihr zuerst ins Auge gefaßten Ziffern wiederholt reduziert habe, bis endlich eine Grenze erreicht schien, die wohl als das nicht weiter herabsetzbare Minimum einer Aufbesserung gelten konnte“, und sie hatte ihr Vorgehen damit begründet, daß „ihr durch die besonders ungünstige Finanzlage die strenge Verpflichtung auferlegt gewesen wäre, sich auf der äußersten Linie des Unentbehrlichen und Unerläßlichen zu halten“. Die Regierung hatte aber auch erklärt, „daß einer der Gründe, warum vorläufig nur eine provisorische Kongruaaufbesserung beantragt werde, darin liege, daß sie sich der Erwartung hingabe, es werde nach Ablauf des Provisoriums eine ausgiebigere Erhöhung möglich sein“.<sup>2)</sup> Die das Gesetz beschließenden Vertretungskörper, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, hatten die Unzulänglichkeit der vorgeschlagenen Aufbesserungen ebenfalls wohl eingesehen<sup>3)</sup>, mußten aber

<sup>1)</sup> Motivenbericht S. 255.

<sup>2)</sup> Motivenbericht S. 255.

<sup>3)</sup> Die Kommission des Herrenhauses „erkannte die im Gesetzentwurfe enthaltenen ziffernmäßigen Ansätze einstimmig als solche, wie sie nach den geltenden Lebensbedürfnissen, geschweige denn nach den Ansprüchen eines standesmäßigen Unterhaltes knapper nicht ausgemessen

schließlich infolge einer auf Grund eines einstimmigen Ministerratsbeschlusses abgegebenen Regierungserklärung, bei größeren, eine bedeutende Erhöhung des präliminierten Staatsbeitrages herbeiführenden Änderungen des provisorischen Regulierungsplanes den Gesetzentwurf der Allerhöchsten Sanktion nicht unterbreiten zu können, den Regierungsentwurf bezüglich der Ziffernansätze im großen und ganzen ziemlich unverändert annehmen, um nicht das Zustandekommen des Gesetzes überhaupt zu gefährden.<sup>1)</sup> Aus gleichem Grunde wurden trotz mancher laut gewordenen Bedenken auch die zweifellos vom Seelsorgeklerus hart empfundenen und geradezu eine *reformatio in pejus* darstellenden Bestimmungen des Regierungsentwurfes über die Einrechnung der Stolgebühren und der Zustiftungen<sup>2)</sup> in das Gesetz aufgenommen.

Die Stolgebühren waren nach dem provisorischen Kongruagesetze in einem von der Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Diözesanbischöfe festzusetzenden Pauschalbetrage nach Abzug eines Betrages von 30 fl. in die Kongrua einzurechnen.<sup>3)</sup> Da bisher gemäß dem bereits oben<sup>4)</sup> erwähnten Kultusministerialerlasse vom 19. Februar 1853, Z. 3154, das Stolerträgnis der neugestifteten Pfarren bis einschließlich zum Jahresbetrage von 50 fl. K. M. in die Kongrua nicht einzurechnen gewesen war, bedeutete die Neuerung eine gewisse Verschlechterung des bestehenden Zustandes.

werden konnten“. Insbesondere „in Betreff der Provisorengehälter wurde die niedrigste Stufe von 30 fl. monatlich einstimmig als solche erkannt, mit der sich selbst in den wohlfeilsten Gegenden kaum leben lasse“. Die Regierung wies aber nach, daß jede scheinbar auch nur geringe Erhöhung der Ziffernansätze ansehnliche, das Budget bedeutend belastende Mehraufwände erfordert hätte. So hätte z. B. die Erhöhung des niedrigsten Provisorengehaltes von 30 fl. auf 40 fl. einen Mehraufwand von 66 000 fl. zur Folge gehabt.

<sup>1)</sup> Burckhard a. a. O. II S. 275.

<sup>2)</sup> § 3, 1 lit. f und g des Kongruagesetzes.

<sup>3)</sup> Gemäß § 4, I-lit. f der Durchführungsverordnung vom 20. Jänner 1890, R.-G.-Bl. Nr. 7, ist als Grundlage für die Pauschalierung der Durchschnittsstolertrag der letzten sechs Jahre heranzuziehen.

<sup>4)</sup> S. 126 Anm. 4 und 5.



Noch bedeutend härter war die neue Bestimmung betreffend die Einrechnung der Zustiftungen in die Kongrua. Nach § 3, 1 lit. g war nunmehr das Erträgnis aller vor Wirksamkeit des provisorischen Kongruagesetzes (d. i. vor dem 15. Juni 1885) errichteten Meßstipendien und Stiftungen für gottesdienstliche Funktionen in die Kongrua einzurechnen, wenn deren Einrechnung keine Bestimmung des Stiftbriefes entgegenstand.<sup>1)</sup> Da zufolge des früher<sup>2)</sup> besprochenen Kultusministerialerlasses vom 29. Dezember 1851, Z. 169, alle nach diesem Erlasse erfolgten Messenstiftungen von der Einrechnung in das Pfründeneinkommen freigebieben waren, so bedeutete die neue Bestimmung eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustande, die sich nur unter Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Staates einigermaßen rechtfertigen ließ.<sup>3)</sup>

Aber auch in methodischer Hinsicht wies das provisorische Kongruagesetz Mängel auf. Die Hauptschwäche in dieser Richtung lag in der mangelhaften Präzision, mit welcher der Begriff des „selbständigen Seelsorgers“ im Gesetze festgestellt worden war. Nach § 1 Absatz 2 sind unter dem Ausdrucke „selbständige Seelsorger“ „alle jene Geistliche zu verstehen, welche auf Grund kanonischer Einsetzung von Seite des Diözesanbischofs in einer bestimmten kirchlichen Gemeinde die Seelsorge auszuüben das Recht und die Pflicht haben oder sonst durch den Diözesanbischof zur selbständigen Ausübung der Seelsorge berechtigt sind, wie die Lokalkapläne, die Pfarrvikare usw.“. Die politischen Verwaltungsbehörden legten nun diese Gesetzesstelle in dem Sinne aus, daß nur diejenigen als „selbständige Seelsorger“ gelten könnten, welche auf einer vom Staate als selbständig anerkannten Seelsorgestation die volle pfarr-

<sup>1)</sup> Entscheidend ist der Wortlaut des Stiftbriefes und nicht die stifterische Willenserklärung als solche. Vgl. die bei Burckhard a. a. O. II S. 298 Anm. 210 und die bei Mayrhofer a. a. O. S. 181 Anm. 1 angeführten Erkenntnisse des Verwaltungs-Ger.-H.

<sup>2)</sup> S. 127 f.

<sup>3)</sup> Ein Belassen bei der günstigeren Bestimmung des im Texte erwähnten Kult.-Min.-Erl. vom 29. Dezember 1851 hätte ein jährliches Mehrerfordernis von 290 355 fl. bedeutet (Burckhard a. a. O. II S. 274).

liche Jurisdiktion auszuüben das Recht hätten.<sup>1)</sup> Dagegen gab es Beschwerden, und jetzt begann die Schwierigkeit, da sich außer dem Verwaltungsgerichtshofe auch das Reichsgericht für zuständig erklärte<sup>2)</sup>, beide Gerichtshöfe aber in ihren Entscheidungen zu durchaus entgegengesetzten Anschauungen gelangten.

<sup>1)</sup> „Das Erfordernis der staatlichen Anerkennung erscheint zwar in dem § 1 des Kongruagesetzes nicht ausdrücklich normiert, kann aber nach den jederzeit festgehaltenen, dormalen in § 20 Ges. vom 7. Mai 1874, R.-G.-Bl. Nr. 50, zum Ausdruck gelangten Grundsätzen des kirchlich-staatlichen Verhältnisses in Österreich zweifellos überall in Anspruch genommen werden, wo es sich nicht lediglich um eine innerkirchliche Beziehung, sondern um ein Verhältnis von allgemeiner öffentlicher Geltung oder gar, wie bei der Kongruaergänzung, um eine staatliche Leistung handelt.“ (Verwaltungs-Ger.-H.-Entscheidung vom 31. Dezember 1887, Budwinski, Sammlung der Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes, Wien, XI 3851; vom 25. April 1888, B. XII 4066; vom 9. Mai 1888, B. XII 4097; vom 13. Juni 1888, B. XII 4159; vom 20. Juni 1888, B. XII 4174; vom 17. April 1889, B. XIII 4641; vom 9. Oktober 1889, B. XIII 4869 u. a. m.)

<sup>2)</sup> Die Zuständigkeit des Verwaltungs-Ger.-H. zur Überprüfung der administrativen Judikatur in Kongruasachen gründet sich auf die Bestimmung des Art. 15 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R.-G.-Bl. Nr. 144, bzw. auf § 2 des Gesetzes vom 22. Oktober 1875, R.-G.-Bl. Nr. 36 ex 1876. Andererseits fand auf Grund der Art. 1 und 3 lit. a des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R.-G.-Bl. Nr. 143, auch das Reichsgericht seine Kompetenz zur Judikatur in Kongruasachen gegeben, da nach den Bestimmungen des Kongruagesetzes sich der Anspruch auf Kongruaergänzung gegen die Religionsfonde bzw. deren staatliche Dotation und somit gegen den Staat kehre und öffentlich-rechtlicher Natur wäre. Das Reichsgericht hat bezüglich seiner Kompetenz und der Voraussetzungen seiner Judikatur in Kongruasachen zahlreiche, zum Teil prinzipielle Entscheidungen gefaßt, welche bei Mayrhofer a. a. O. S. 171—173 zusammengestellt erscheinen. Diese Doppelkompetenz der beiden genannten Gerichtshöfe in Kongruasachen hat zu manchen unliebsamen Konsequenzen geführt und lag gewiß auch nicht in den Intentionen der Gesetzgebung. Die Kompetenz des Reichsgerichtes in Kongruasachen ist auch in der Praxis bereits mehrfach angefochten worden, während die des Verwaltungs-Ger.-H. unbestritten ist. In der Allgemeinen österreichischen Gerichts-Zeitung, herausg. in Wien, 51. Jahrg. 1900, Nr. 42, S. 344 bis 346 bekämpft Benno Fritsch in geistreicher Weise die Kompetenz des Reichsgerichtes sowohl speziell in Kongruasachen als auch in Sachen der administrativen Judikatur überhaupt.

Der Verwaltungsgerichtshof entschied konsequent im Sinne der eben dargelegten Rechtsansicht der Verwaltungsbehörden. Das Reichsgericht dagegen sah die Frage der staatlichen Anerkennung der Selbständigkeit der Seelsorgestation für nicht entscheidend an und erkannte bereits allen jenen Kuratgeistlichen die Rechte „selbständiger Seelsorger“ zu, denen für ihren Bezirk vom Diözesanbischöfe die selbständige Ausübung der ganzen pfarrlichen Jurisdiktion übertragen worden war. Das Reichsgericht entschied die Frage der „Selbständigkeit“ demgemäß auf Grund des Inhaltes bischöflicher Dekrete und Zeugnisse.

An welchen der beiden Gerichtshöfe sich die Beschwerdeführer in der Folge wandten, ist leicht zu erraten. Dazu kam, daß nach weiteren Erkenntnissen des Reichsgerichtes die Einbringung der Klage bei demselben an keinen Termin gebunden und die Rechtskraft der verwaltungsbehördlichen Entscheidungen hierfür bedeutungslos war und selbst die Anhängigkeit der Sache beim Verwaltungsgerichtshofe die Zuständigkeit des Reichsgerichtes nicht ausschloß. Die Verwaltungsbehörden mußten sich daher schließlich dazu bequemen, allen Seelsorgegeistlichen, die ein „bischöfliches Selbständigkeitszertifikat“ vorzulegen vermochten, ad personam die höhere Kongrua anzuweisen.<sup>1)</sup> Daß dieser unklare Zustand eine Abhilfe dringend erforderte, braucht wohl nicht näher erörtert zu werden.

#### V. Das Gesetz vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176.

Obwohl die Mängel des provisorischen Kongruagesetzes vom Jahre 1885 bald offenbar wurden und auch wiederholte Beschwerden des Episkopates<sup>2)</sup> und eine Unzahl von Peti-

---

<sup>1)</sup> Über diese Kontroverse zwischen Verwaltungsgerichtshof und Reichsgericht s. die bei Mayrhofer a. a. O. S. 173—175 und bei Burckhard a. a. O. S. 279—284 angeführten zahlreichen Entscheidungen beider Gerichtshöfe. S. auch Singer a. a. O. S. 153.

<sup>2)</sup> Vgl. die Zusammenstellung „Verhandlungen des österreichischen Episkopates mit der Regierung betr. die Kongruaregulierung und der gegenwärtige Stand dieser Frage (Kirchenpolitische Akten über die

tionen, die aus der Mitte des Seelsorgeklerus an das Abgeordnetenhaus gerichtet wurden<sup>1)</sup>, zu einer neuerlichen Reform drängten, mußte man sich doch mangels der nötigen Mittel zunächst damit begnügen, in zwei kurzen Nachtragsgesetzen vom 13. April 1890, R.-G.-Bl. Nr. 65, und vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 16, wenigstens die Kongrua der „exponierten Hilfspriester“, d. i. jener „systemisierten Hilfspriester, welche mit Seelsorgefunktionen an einer außerhalb des Pfarrortes befindlichen Kirche betraut sind und bei derselben ihren Amtssitz haben“, entsprechend ihrer erhöhten Verantwortung und in Ansehung der größeren Auslagen ihrer notwendigerweise gesonderten Wirtschaftsführung um 100 bzw. 160 fl. jährlich zu erhöhen.<sup>2)</sup>

Wichtiger war das Gesetz vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15<sup>3)</sup>, welches unter im großen und ganzen dem Kongrua-

---

Kongrua in Österreich 1885–1894“ im Archiv für katholisches Kirchenrecht LXXIV, 1895, S. 227–296.

<sup>1)</sup> Vgl. den Bericht des Budgetausschusses über den Regierungsentwurf zum Gesetz vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176 (Beilagen zu den stenograph. Protokollen des Abgeordnetenhauses XI. Session 1897, Nr. 1690), abgedruckt in der Ausgabe eben dieses Gesetzes samt einschlägigen Materialien und Entscheidungen von Benno Fritsch, Wien 1901, S. 20f.

<sup>2)</sup> Vgl. Mayrhofer a. a. O. S. 208/209.

<sup>3)</sup> Dazu gehörig die Durchführungsverordnung vom 15. April 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15. — Vgl. Mayrhofer a. a. O. S. 209ff. und Singer a. a. O. S. 158f. — Der Titel des Gesetzes lautet: „Gesetz vom 7. Jänner 1894 betr. die Aufbesserung der Bezüge der Dignitäre und Kanoniker bei den Metropolitan-, Kathedral- und Konkathedral-Kapiteln der katholischen Kirche des lateinischen, griechischen und armenischen Ritus“. Diese sonst gewöhnlich nicht übliche Bezugnahme auf die drei Riten der katholischen Kirche ist hier bloß eine vollere Ausdrucksweise ohne tiefere Bedeutung, da ohnedies alle in Österreich für die katholische Kirche überhaupt und zwar ohne Betonung ihrer verschiedenen Riten erlassenen staatlichen Rechtsvorschriften für sämtliche Riten der katholischen Kirche Geltung haben. Die drei Riten sind eben nicht als verschiedene Glaubensgesellschaften, sondern nur als getrennte Organisationen der gleichen Religionsgenossenschaft anzusehen. (Vgl. Max von Hussarek, Grundriß des Staatskirchenrechts, 2. Aufl., Leipzig 1908, S. 26.) Vgl. auch § 35 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R.-G.-Bl. Nr. 50, welches die Teilung der katholischen Kirche in verschiedene Riten ausdrücklich anerkennt, und die Ah. Entschließung vom 9. Mai 1855 (zitiert im Motiven-

gesetze von 1885 analogen Grundsätzen den Dignitären und Residentialkanonikern des staatlich anerkannten Personalstandes der Metropolitan-, Cathedral- und Konkathedralkapitel ein in der Höhe nach den verschiedenen Kronländern abgestuftes Minimaleinkommen aus den Religionsfonds bzw. aus der staatlichen Dotation derselben gewährleistete. Diese Bestimmung war ganz neu, denn eine „Kongrua“ im eigentlichen Sinne hatte bisher nur für die Seelsorgegeistlichkeit bestanden.<sup>1)</sup>

Erst im Jahre 1896, als durch in Aussicht genommene neue Steuergesetze über die Erhöhung der Börsen-, Branntwein- und Biersteuer die Deckungsfrage der Mehrauslagen gelöst schien, legte die Regierung dem Reichsrate den auf Grund von Verhandlungen mit den Bischöfen<sup>2)</sup> vorbereiteten Entwurf eines neuen Gesetzes über die Dotation der katholischen Seelsorgegeistlichkeit vor, welches nach Ansicht der Regierung geeignet war, „sowohl die der staatlichen Kultusverwaltung zukommenden Rechte genauer zu präzisieren, als auch eine Korrektur jener Vorschriften, die für die Seelsorgegeistlichkeit beschwerlich erschienen, eintreten zu lassen“.<sup>3)</sup> Dieser Gesetzentwurf wurde mit verschiedenen Abänderungen nach ziemlich lebhaften Debatten im Abgeordneten- und Herrenhause<sup>4)</sup> schließlich angenommen und erhielt am 19. September 1898 die kaiserliche Sanktion.<sup>5)</sup>

bericht zum provisor. Kongruagesetze von 1885 a. a. O. S. 242), welche die Gleichstellung der griechisch-katholischen Geistlichkeit mit der römisch-katholischen grundsätzlich anerkennt.

<sup>1)</sup> Vgl. den Motivenbericht zum provisorischen Kongruagesetze vom Jahre 1885 a. a. O. S. 287.

<sup>2)</sup> Vgl. die bereits oben (S. 144 Anm. 2) erwähnten „Kirchenpolitischen Akten über die Kongrua“ im Archiv für kathol. Kirchenrecht LXXIV, 1895, S. 227—296.

<sup>3)</sup> Fritsch, Gesetz vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, „Erläuternde Bemerkungen“ S. 7.

<sup>4)</sup> Fritsch a. a. O. S. 32—88, wo die Debatten im Abgeordneten- und Herrenhause wiedergegeben werden.

<sup>5)</sup> Dazu die Durchführungsverordnung vom 16. November 1898, R.-G.-Bl. Nr. 205. — Vgl. Balthasar Kaltner, Das neue Congruagesetz für den katholischen Clerus Österreichs, im Archiv für kathol. Kirchenrecht LXXVII, 1897, S. 718—741; Singer a. a. O. S. 153 ff.; Ernst Mayrhofer, Handbuch für den polit. Verwaltungsdienst, II. Ergänzungs-

Obgleich auch dieses Gesetz, wie der Budgetausschuß in seinem Berichte selbst zugeben mußte<sup>1)</sup>, mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen durchaus nicht allen berechtigten Wünschen der Seelsorger hatte gerecht werden können, so brachte es doch gegenüber dem provisorischen Kongruagesetze von 1885 verschiedene Verbesserungen, deren wichtigste im folgenden kurz angeführt seien.

Zunächst wurde im § 1 zu der im übrigen unverändert gelassenen, bereits im § 1 des provisorischen Kongruagesetzes vom Jahre 1885 enthaltenen Definition des „selbständigen Seelsorgers“ der Zusatz aufgenommen; „sofern . . . die betreffende Seelsorgestation staatlicherseits als selbständig anerkannt ist“. Damit war der Begriff des „selbständigen Seelsorgers“ im Sinne der Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes eindeutig bestimmt und die oben besprochene Auslegungsschwierigkeit, welche zur Kontroverse zwischen dem Reichsgerichte und dem Verwaltungsgerichtshof geführt hatte, endgültig beseitigt.

Ferner wurde in Anerkennung des Grundsatzes, daß gleiche Mühewaltung auch gleichmäßig zu entlohnern ist, der Unterschied zwischen systemisierten und Personalhilfspriestern fallen gelassen und der Anspruch auf die neue Hilfspriesterkongrua nur davon abhängig gemacht, daß die Begebung des Hilfspriesters mit staatlicher Genehmigung erfolgt sei.<sup>2)</sup>

band, Wien 1913, S. 346 ff.; Hussarek a. a. O. S. 33 f. — Durch das neue Kongruagesetz von 1898 wurde außer dem provisorischen Kongruagesetz von 1885 auch noch das oben erwähnte Gesetz vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 16, über die Aufbesserung der Expositen-Kongrua, dessen Bestimmungen in § 2 des neuen Kongruagesetzes aufgenommen worden waren, ausdrücklich (im § 17) außer Kraft gesetzt. Dagegen blieben die beiden Verordnungen über die Pauschalierung der mit der Führung des Dekanatsamtes bzw. mit der Matrikenführung verbundenen Auslagen vom 19. Juni 1886, R.-G.-Bl. Nr. 107, und vom 8. Dezember 1885, R.-G.-Bl. Nr. 170, ferner das Gesetz vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15, betr. die Bezüge der Dignitäre und Kanoniker der verschiedenen Kapitel auch weiterhin in Geltung.

<sup>1)</sup> Fritsch a. a. O. S. 21.

<sup>2)</sup> Bisher hatten die nicht systemisierten, nur ad personam einem dienstunfähigen selbständigen Seelsorger beigegebenen Hilfspriester bloß auf die alte Hilfspriesterkongrua von 210 fl. (200 fl. K. M.) Anspruch

Um hinsichtlich der bereits bestehenden Seelsorgestationen, bei denen mitunter der Nachweis der staatlichen Genehmigung schwer zu erbringen gewesen wäre, langwierige Erhebungen und Nachforschungen zu vermeiden, wurde im vierten Absatze des § 1 für die bei dem Insleben-treten des kaiserlichen Patentes vom 5. November 1855. R.-G.-Bl. Nr. 195 (des Konkordates!), bereits bestandenen und seither nicht ausdrücklich aufgelassenen Seelsorgestationen und Hilfspriesterstellen die gesetzliche Vermutung ihrer Systemisierung aufgestellt.<sup>1)</sup>

Bezüglich der Einrechnung der Stolgebühren in die Kongrua blieb es bei derselben Anordnung wie im Gesetz von 1885. Dagegen aber wurde in Abänderung der diesbezüglichen, vom Seelsorgeklerus hart empfundenen Bestimmungen des provisorischen Kongruagesetzes im § 5 des neuen Gesetzes das Erträgnis der Messenstiftungen und der Stiftungen für sonstige gottesdienstliche Funktionen nunmehr von der Einrechnung in das Lokaleinkommen ausnahmslos befreit<sup>2)</sup> und wurden ebenso im § 6 die Erträg-

gehabt. (Reichsgerichtsentsch. vom 22. April 1890, Z. 43, Slg. Hye-Hugelmann IX 483.) — Vgl. Fritsch a. a. O. S. 8.

<sup>1)</sup> Fritsch a. a. O. S. 8 (Erläuternde Bemerkungen) und S. 22 (Bericht des Budgetausschusses). — Eine ähnliche gesetzliche Vermutung stellte bereits seinerzeit die Min.-Verordnung vom 13. Juni 1858, R.-G.-Bl. Nr. 95, auf, nach welcher (§ 4) „Konvente, welche schon vor der Wirksamkeit des mit Ah. Patente vom 5. November 1855, R.-G.-Bl. Nr. 195, kundgemachten Konkordates vom 18. August 1855 in Österreich bestanden, auf Grundlage dieser Tatsache als gesetzlich bestehend anzusehen“ sind. — Den Anspruch auf die Hilfspriesterkongrua erkannte das Gesetz von 1898 (im § 1) übrigens billigerweise auch Inhabern einfacher Benefizien und Religiosen zu, wenn sie eine systemisierte Hilfspriesterstelle versehen und diese Hilfeleistung vom Diözesanbischofe im Einvernehmen mit der staatlichen Kultusverwaltung als notwendig anerkannt werde. Vgl. Fritsch a. a. O. S. 8/9 (Erläuternde Bemerkungen) und S. 23 (Bericht des Budgetausschusses).

<sup>2)</sup> Die Regierung begründete diese Neuregelung ganz richtig damit, daß die bisherige Einrechnung derartiger Stiftungen in bezug auf das Einkommen hierarchisch sonst gleichgestellter Seelsorgegeistlicher unbillige und an sich widerspruchsvolle Konsequenzen ergeben hätte. Da nämlich Manual- oder Kurrentmessen zum Zwecke der Bemessung der Kongruaergänzung auch bisher nicht zur Anrechnung gelangt seien, andererseits aber ein Seelsorgegeistlicher, welcher wenige oder gar keine

nisse der nach Wirksamkeit des neuen Kongruagesetzes durch Liberalitätsakte einer bestehenden Pfründe zugewachsenen Vermögensschaften aus den einzubekennenden Einnahmen ausgeschieden.<sup>1)</sup>

Einer der Hauptpunkte des neuen Kongruagesetzes war naturgemäß die Festsetzung der Kongruasätze. Erhöht wurden im allgemeinen die Kongruaansätze für Galizien und Dalmatien und die Ruhegehälter der Defizienten.<sup>2)</sup> Diese Erhöhungen waren jedoch nicht besonders groß, und (die Kongruasätze und Ruhegehälter blieben noch immer fast durchwegs sehr bescheiden ausgemessen<sup>3)</sup> und befrie-

Messenstiftungen zu persolvieren hatte, viel mehr Manualmeßstipendien erlangen konnte, habe sich letzterer einer viel günstigeren finanziellen Position als ein mit Stiftmessen belasteter erfreut. In dem Maße, als bei einer Seelsorgestation mehr einrechenbare Stiftungen bestanden, habe sich die Lage des Seelsorgegeistlichen, gewiß im Widerspruch mit den Absichten der Stifter, verschlechtert, weil ihm das gestiftete Meßstipendium an seiner Kongruaergänzung in Abzug gebracht worden sei, gleichzeitig ihm aber mit jeder neuen Stiftmesse ein Tag des Jahres bzw. die Möglichkeit, ein Manualmeßstipendium zu erwerben, verloren gegangen sei. Dem Wesen nach wären eben gestiftete Messen von Manualmessen nicht verschieden und verlangten daher eine gleiche Behandlung. Vgl. Fritsch a. a. O. S. 9/10.

<sup>1)</sup> Es bedeutete dies ein Eingehen auf die Absichten der Stifter, welche doch regelmäßig eine Aufbesserung des Einkommens der Pfründenbesitzer und nicht eine Entlastung des Religionsfonds im Auge haben. Vgl. Fritsch a. a. O. S. 10 (Erläuternde Bemerkungen) und S. 24/25 (Bericht des Budgetausschusses).

<sup>2)</sup> Die Kongruasätze bewegten sich nach dem Gesetz vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, abgesehen von Wien, zwischen 600 und 1200 fl. für den selbständigen Seelsorger, zwischen 300 und 400 fl. für den Hilfspriester und zwischen 460 und 560 fl. für den Expositen. Die Ruhegehälter stellten sich auf 400–800 fl. für den selbständigen Seelsorger und auf 225–350 bzw. bis 400 fl. für den Hilfspriester.

<sup>3)</sup> Wie Benno Fritsch in dem Artikel „Studien zum österreichischen Kongruagesetze vom 19. September 1898“ im Österreichischen Verwaltungsarchiv, I. Jahrgang, Wien 1904, S. 258/259 nachwies, stellte sich die durchschnittliche Hilfspriesterkongrua in allen Kronländern niedriger als das Durchschnittsgehalt des nicht definitiven Lehrers (des Unterlehrers), während selbst die Durchschnittskongrua des Pfarrers in mehreren Kronländern noch immer hinter den Durchschnittsbezügen des definitiven Volksschullehrers mit zehnjähriger Dienstzeit zurückblieb. Die Bezüge der Staatsbeamten (Gesetz vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 172) waren nur in der untersten Rangklasse den Kongrua-



digten eigentlich niemanden vollständig, wie aus der daran geübten Kritik in den parlamentarischen Debatten hervorgeht.<sup>1)</sup> Diese geringen Kongruasätze wurden allerdings dadurch erträglicher, daß infolge der sehr wohlwollenden Bestimmungen über die in das Lokaleinkommen einzurechnenden Einnahmen und die gutzulassenden Ausgaben<sup>2)</sup> die Pfründenfassungen durchaus kein wahres Bild des Pfründeneinkommens lieferten und die tatsächlichen Bezüge der aktiven Seelsorger die gesetzliche Kongrua fast immer um ein Beträchtliches überstiegen. Dies führte aber andererseits wieder zu durch nichts gerechtfertigten Ungleichheiten in den Bezügen sonst sich gleichstehender Seelsorger, je nachdem sich das Pfründeneinkommen mehr aus vom Gesetz besonders begünstigten oder mehr aus nach dem Gesetz voll einzubekennenden Einnahmen zusammensetzte. Es war daher dieses allerdings von jeher mehr oder weniger bestehende „System der fiktiven Fassungen“ gewiß nicht zu billigen.

Ferner haftete den Kongruasätzen als hauptsächlichster Fehler außer dem von vornherein sehr bescheidenen Ausmaße eine gewisse Starrheit an, da das Gesetz keine Dienstalterszulagen vorsah und sonach der auf einer bestimmten

sätzen einigermaßen ähnlich, überstiegen diese aber infolge der Dienstalterszulagen bei längerer Dienstzeit auch hier. Selbst die Bezüge der Amtsdienner (Gesetz vom 26. Dezember 1899, R.-G.-Bl. Nr. 255) überstiegen die Kongruasätze in den meisten Relationen bedeutend!

<sup>1)</sup> Vgl. die bei Fritsch, Ausgabe des Gesetzes vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, S. 32—88 wiedergegebenen Debatten des Abgeordneten- und Herrenhauses.

<sup>2)</sup> S. §§ 4—7 des Gesetzes vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, und die bei Fritsch, Studien zum Kongruagesetze, a. a. O. S. 259 und 264 gemachten Ausführungen. Fritsch bemängelt dort ganz richtig insbesondere die nur in der Höhe des Katastralreinertrages, also meist nur zu einem geringen Bruchteile des wirklichen Ertrages vorgeschriebene Einbekennung des Bodenertrages und ferner die Unbilligkeit des im Gesetze gemachten Unterschiedes zwischen Messenstiftungen im eigentlichen Sinne und Dotationsstiftungen, die mit Messen belastet sind, und von denen die ersteren von der Einrechnung in das Lokaleinkommen durch § 5 gänzlich befreit wurden, während nach § 4 der Ertrag der letzteren unterschiedslos und vollständig dem Einbekenntnisse unterliegt.

Station befindliche Seelsorger die für diese Station bestimmte Kongrua ohne Rücksicht auf sein Dienstalder unverändert erhielt und ein Vorrücken in der Kongrua bei Verbleiben auf demselben Seelsorgeposten überhaupt nicht möglich war.<sup>1)</sup>

Nach dem Gesagten ist nicht zu verwundern, daß auch das Gesetz von 1898, obgleich es sich nicht mehr als provisorisch bezeichnete, doch auch nicht als definitiv gelten konnte und allgemein eine künftige neuerliche Regulierung bei günstigerem Stande der Staatsfinanzen erwartet wurde. Kam es auch nicht so bald zu dieser neuerlichen Kongrua-regulierung, so wurde doch immerhin das Gesetz von 1898 verhältnismäßig bald durch zwei Nachtragsgesetze aus den Jahren 1902 und 1907 in wichtigen Belangen ergänzt.

So wurde mit Gesetz vom 19. Februar 1902, R.-G.-Bl. Nr. 48<sup>2)</sup>, der Personenkreis derer vermehrt, denen ein Anspruch auf die Gewährleistung eines Ruhegehaltes aus den Religionsfonds bzw. aus der staatlichen Dotation derselben zustand, indem katholischen Seelsorgern an gemeinnützigen, vom Staate, einem Lande, einem Bezirke, einer Gemeinde oder aus einem öffentlichen Fonds erhaltenen Anstalten und priesterlichen Beamten bei den katholischen Ordinariaten, Konsistorien und an bischöflichen Seminaren ein Ruhegehalt gewährleistet wurde, der je nach der Art ihrer Dienstleistung dem im Gesetze vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, festgestellten Ruhegenusse eines selbständigen Seelsorgers oder eines Hilfspriesters an dem Orte der letzten Dienstesverwendung gleichkam.<sup>3)</sup>

---

<sup>1)</sup> Fritsch, Studien zum Kongruagesetze, a. a. O. S. 259.

<sup>2)</sup> Dazu die Durchführungsverordnung vom 12. März 1902, R.-G.-Bl. Nr. 54.

<sup>3)</sup> Vgl. Fritsch, Studien zum Kongruagesetz a. a. O. S. 260; Benno Fritsch, Dotation der katholischen Seelsorgegeistlichkeit, Ergänzungsheft, Wien 1907, S. 1 ff.; Hussarek a. a. O. S. 35. — Schon in der Debatte des Abgeordnetenhauses über das Kongruagesetz von 1898 war in der Sitzung am 21. Jänner 1897 auf den Antrag des Abgeordneten Treuinfels folgende Resolution angenommen worden: „Die k. k. Regierung wird aufgefordert, in einer Gesetzesnovelle auch die Kongrua jener Mitglieder des katholischen Klerus zu ordnen, die nicht mit der Ausübung

Von weit allgemeinerer Bedeutung war das Gesetz vom 24. Februar 1907, R.-G.-Bl. Nr. 56<sup>1)</sup>, nach welchem sich das im Gesetz vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, festgesetzte Minimaleinkommen selbständiger Seelsorger oder Hilfspriester nach je fünf vor oder seit der Wirksamkeit des Gesetzes vom 24. Februar 1907 in der Seelsorge oder in einem anderen öffentlichen kirchlichen Dienste zurückgelegten Jahren bis einschließlich des vierzigsten Jahres der Dienstleistung, also zusammen achtmal, um je 100 Kr. erhöhte. Durch die Einführung dieser Quinquennalzulagen war endlich die bereits oben besprochene bisherige Starrheit der Kongruabezüge durchbrochen und eine billige Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit genommen, was um so wohlthätiger empfunden wurde, als diese Erhöhung des Minimaleinkommens auch nach der Übernahme in den Ruhestand als Erhöhung des Ruhegenusses gebührte.<sup>2)</sup>

---

der Seelsorge im gewöhnlichen Sinne des Wortes, das heißt als Pfarrer oder Hilfspriester betraut sind, aber trotzdem Seelsorgediensten obliegen, sei es unmittelbar wie die verschiedenen Kapläne in Seminarien, Spitälern, Waisenhäusern, Strafanstalten, Klöstern weiblicher Genossenschaften usw., sei es mittelbar, indem sie die Amtsgeschäfte zur Leitung der Seelsorger besorgen, wie die verschiedenen Beamten und Sekretäre bei den Ordinariaten, oder indem sie den Bischof in der Führung der Amtsgeschäfte auf verschiedene Weise unterstützen usw.“ Bei Fritsch, Ausgabe des Gesetzes vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, S. 81.

<sup>1)</sup> Dazu die Durchführungsverordnung vom 6. März 1907, R.-G.-Bl. Nr. 63; Fritsch, Dotation der kathol. Seelsorgegeistlichkeit, Ergänzungsheft S. 10 ff.; Hussarek a. a. O. S. 34.

<sup>2)</sup> Dieses Gesetz über die Dienstalterszulagen der katholischen Seelsorgegeistlichkeit stellt sich als Teil einer damals beabsichtigten, jedoch aus finanziellen Gründen nicht voll zur Durchführung gelangten umfassenderen Kongruaregulierung dar. Schon im Jahre 1905 hatte die Regierung den Gesetzentwurf einer Kongruanovelle (s. die Beilagen zu den stenograph. Protokollen des Abgeordnetenhauses, XVII. Session, 1905, Nr. 2293) im Abgeordnetenhause vorgelegt, welche außer Dienstalterszulagen und einigen anderen Neuerungen insbesondere eine „den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung der Kongruasätze“ vorschlug. Aus finanziellen Gründen nahm man jedoch von der vollen Durchführung dieser Kongruanovellierung, welche einen jährlichen Mehraufwand von 9 300 000 Kr. erfordert hätte, Abstand und begnügte sich mit der Einführung der Dienstalterszulagen, wodurch sich der erforder-

## VI. Die neueste Entwicklung und der heute geltende Rechtszustand.

(Die Kongruanovelle vom 13. Juli 1921, B.-G.-Bl. Nr. 403).

Die bereits seit 1905 in Aussicht genommene und im Jahre 1907 zum großen Teile vertagte Kongruaregulierung kam über die Entwürfe nicht hinaus. Inzwischen brach im Sommer 1914 der Weltkrieg aus. Wenn nun auch die Ab-sperrung der Mittelmächte und die Kriegsmaßregeln eine sprunghafte Verteuerung der Lebenshaltung anfänglich ver-hinderten, so stiegen doch allmählich und insbesondere seit dem Jahre 1916 immer fühlbarer die Preise aller Bedarfs-gegenstände und die vor dem Kriege doch immerhin end-lich auf eine bescheidenen Ansprüchen genügende Höhe gebrachten, jedoch fast während der ganzen Kriegszeit gleichgebliebenen Bezüge der Seelsorgegeistlichkeit begannen neuerlich unzureichend und unzulänglich zu werden. Schließ-lich sah sich die Regierung angesichts des immer mehr sinkenden Geldwertes ganz ebenso wie seinerzeit in den beiden ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts genötigt, der Geistlichkeit gleichwie den Staatsbeamten der Teuerung entsprechende Zulagen zu gewähren. Das erstemal geschah dies durch die Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Finanzministerium vom 21. November 1917, R.-G.-Bl. Nr. 453, „mit welcher Zuwendungen an die katholische Geistlichkeit aus Anlaß der durch den Krieg geschaffenen außergewöhnlichen Ver-hältnisse gewährt“ wurden.<sup>1)</sup> Mit dieser Verordnung hatte

---

liche Mehraufwand auf zirka 4 800 000 Kr. jährlich reduzierte. Derart hatten wieder einmal wie bereits so oft die „finanziellen Bedenken“ eine ausgiebigere Verbesserung der Kongruabezüge vereitelt. Vgl. hierzu auch Singer a. a. O. S. 157/8.

<sup>1)</sup> Diese Verordnung bewilligte nach Analogie der den Staatsbeamten Teuerungszulagen gewährenden Verordnung des Finanzministeriums vom 14. Juli 1917, R.-G.-Bl. Nr. 295, außer den auf eine Kongruaergänzung anspruchsberechtigten Seelsorgegeistlichen (§ 1c) und den Dignitären und Residentialkanonikern der verschiedenen Kapitel (§ 1a) auch den im Gesetz vom 19. Februar 1902, R.-G.-Bl. Nr. 48, genannten Personen (§ 1d) und den Professoren der katholischen Zentral- und Diözesanlehr-anstalten („wenn deren Besoldung ganz oder teilweise aus den Religions-

nunmehr auch für die Geistlichkeit jener wilde, auch heute noch nicht zum Stillstand gekommene Wettlauf zwischen der immer wahnsinniger werdenden Teuerung und der nachhinkenden Erhöhung der Bezüge begonnen, in welchem die Fixbesoldeten, zu denen ja auch der Großteil der Geistlichkeit zählt, bis jetzt noch immer bei weitem im Hintertreffen geblieben sind.

Ebenso wie die eben genannte Ministerialverordnung hatte auch das Gesetz vom 28. März 1918, R.-G.-Bl. Nr. 115, „mit welchem Erhöhungen des Minimaleinkommens und der Ruhegenüsse der katholischen Seelsorger sowie des Minimaleinkommens der Dignitäre und Kanoniker bei den Metropolitan-, Kathedral- und Konkathedralkapiteln der katholischen Kirche des lateinischen, griechischen und armenischen Ritus festgestellt“ wurden, in erster Linie das Bestreben, die Bezüge der Geistlichkeit der immer mehr steigenden Teuerung anzupassen. Immerhin trug dieses Gesetz nicht so sehr wie die Verordnung von 1917 den Charakter einer provisorischen Maßregel als vielmehr den einer für die Dauer berechneten Kongruanovelle<sup>1)</sup> und brachte auch tatsächlich außer einer der Teuerung entsprechenden Erhöhung der in den Gesetzen vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, und vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15, festgesetzten Kongruasätze und Ruhegehälter noch folgende Neuerungen:

fonds erfolgt“) für das Verwaltungsjahr 1917/18 Zulagen aus den Religionsfonds bzw. aus der staatlichen Dotation derselben. Hierzu ist zu bemerken, daß diese Zusammenstellung der mit Zulagen bedachten Priesterkategorien aus rein praktischen Gründen erfolgte und durchaus nicht die Bedeutung hat, daß die Bezüge derselben gleicher Rechtsnatur wären. Insbesondere die Besoldung der Professoren an den katholischen Zentral- und Diözesanlehranstalten, die Regelung der Bezüge derselben und die Rechtsentwicklung der diesbezüglichen Vorschriften steht in keinem Zusammenhang mit der Rechtsentwicklung der Kongruavorschriften und kommt für die vorliegende Untersuchung nicht in Betracht. S. die diese Professoren betr. Vorschriften etwa bei Mayrhofer, Handbuch, IV. Bd., S. 227 ff. und zweiter Ergänzungsband S. 376 ff.

<sup>1)</sup> Dazu die Durchführungsverordnung vom 19. Juni 1918, R.-G.-Bl. Nr. 228. — Vgl. die von Johann Köck herausgegebene Zusammenstellung: Das Kongruagesetz (Gesetze, betreffend die Dotation und Ruhegenüsse des katholischen Klerus), Graz 1918.

Erstens wurde (Art. I § 2) die bisher den Expositen gewährte erhöhte Hilfspriesterkongrua nunmehr auch den als Hilfspriester systemisierten Chorvikaren an Domkirchen zuerkannt.<sup>1)</sup>

Zweitens wurden (Art. II) unter gleichzeitiger Aufhebung des Gesetzes vom 24. Februar 1907, R.-G.-Bl. Nr. 56, an Stelle der seit letzterem Gesetze geltenden acht Quinquennien zu je 100 Kr. fünf Triennal- und an diese anschließend fünf Quadriennalzulagen bis einschließlich des fünfunddreißigsten Jahres der Dienstleistung zu je 200 Kr. für die Seelsorgegeistlichkeit eingeführt und wurden analogerweise (Art. IV) auch den Dignitären und Residentialkanonikern der verschiedenen Kapitel Dienstalterszulagen zuerkannt.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes vom 28. März 1918, R.-G.-Bl. Nr. 115, hätten tatsächlich eine ausreichende Aufbesserung der Minimaleinkommenssätze und Ruhegnüsse der katholischen Geistlichkeit bedeutet, wenn nicht die unablässig weiter ansteigende und insbesondere seit dem Zusammenbruche der Monarchie ihr Tempo erheblich beschleunigende Teuerung geradeso wie bei den Staatsbeamten fortwährend neuerliche Erhöhungen der Bezüge erfordert hätte, die auch in immer kürzeren Zwischenräumen durch die Gesetze vom 18. Dezember 1919, St.-G.-Bl. Nr. 596<sup>2)</sup>, vom

<sup>1)</sup> Entsprechend ihrer zweifachen Dienstleistung! — Die Regelung der Dotation der Chorvikare ist von der Kultusverwaltung bereits seit einigen Jahrzehnten in Aussicht genommen (s. die Kult.-Min.-Erlasse vom 25. März 1886, Z. 3854, und vom 2. Oktober 1888, Z. 12 644!), aber erst jetzt durchgeführt worden. Vgl. die diesbezüglichen Ausführungen des Abgeordneten Perić in der Debatte des Abgeordnetenhauses am 21. Jänner 1897, abgedruckt bei Fritsch, Ausgabe des Gesetzes vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, S. 40.

<sup>2)</sup> Dazu die Vollzugsanweisung vom 11. Februar 1920, St.-G.-Bl. Nr. 60. Dieses Gesetz, „mit welchem vorläufige Erhöhungen des Minimaleinkommens und der Ruhegnüsse der katholischen Seelsorger sowie des Minimaleinkommens der Dignitäre und Kanoniker bei den Metropolitan- und Kathedralkapiteln der katholischen Kirche festgestellt“ wurden, kam gleichzeitig mit dem die Besoldungsverhältnisse der Zivilstaatsbediensteten vorläufig regelnden Besoldungsübergangsgesetze vom 18. Dezember 1919, St.-G.-Bl. Nr. 570, zustande. Außer Erhöhungen der Bezüge führte es (Art. II) an Stelle der gemischten Triennien und Quadriennien

18. März 1920, St.-G.-Bl. Nr. 132<sup>1)</sup>, vom 22. März 1920, St.-G.-Bl. Nr. 147<sup>2)</sup>, vom 16. Dezember 1920, B.-G.-Bl. Nr. 4 von 1921<sup>3)</sup>, und vom 17. März 1921, B.-G.-Bl. Nr. 167<sup>4)</sup>, in mehr oder minder ausreichendem Ausmaße gewährt wurden. Auf die Einzelheiten dieser doch nur provisorischen und kurze Zeit geltenden, die Grundlagen der bisherigen Kongrua-Gesetzgebung nicht ändernden „Teuerungs“gesetze näher einzugehen, entspräche nicht dem Zwecke der vorliegenden Untersuchung. Nur darauf sei hingewiesen, daß

---

der Kongruanovelle vom 28. März 1918, R.-G.-Bl. Nr. 115, zwölf nach dem zweiten Jahre der Dienstleistung einsetzende Triennialzulagen zu je 400 Kr. ein. Im Titel und im Texte dieses Gesetzes wird der Konkathedralkapitel keine Erwähnung mehr getan, weil es solche in dem verkleinerten Territorium der Republik Österreich eben nicht mehr gab. Konkathedralkapitel, d. h. fortbestehende Kapitel am ehemaligen Sitze aufgelassener und mit anderen uniierter Bistümer, hatten nur zu Pola, Capodistria und Macarsca bestanden. Vgl. Mayrhofer a. a. O., IV. Bd. S. 70/71.

<sup>1)</sup> Dieses Gesetz, welches gleichzeitig als sogenanntes „Pensionistengesetz“ die Bezugsverhältnisse der im Ruhestand befindlichen Staatsangestellten regelte, stellte ebenso wie für diese auch für die katholischen Seelsorger die nach dem 1. November 1918 als Stichtag sich regelnde Unterscheidung zwischen Pensionisten der Republik Österreich und etwas schlechter gestellten altösterreichischen Pensionisten auf (s. VI. Hauptstück § 35). Das Pensionistengesetz verlangt als Voraussetzung seiner Anwendbarkeit (§ 1), daß „der katholische Seelsorger seinen letzten ständigen Dienort im Gebiete der jetzigen Republik Österreich hatte und . . . am 31. Oktober 1918 in einer nach dem Staatsvertrage von St. Germain zur Republik Österreich gehörenden Gemeinde heimatsberechtigt war und es geblieben ist.“

<sup>2)</sup> Mit welchem Gesetze „Zuschläge zu dem Minimaleinkommen und zu den Ruhegenüssen der katholischen Seelsorger sowie zu dem Minimaleinkommen der Dignitäre und Kanoniker bei den Metropolitan- und Kathedralkapiteln der katholischen Kirche festgestellt“ wurden. Dazu die Vollzugsanweisung vom 10. April 1920, St.-G.-Bl. Nr. 205.

<sup>3)</sup> Welches als vierter Nachtrag zum Besoldungsübergangsgesetze in den Artikeln I–IX die Bundesangestellten und in Artikel X die katholischen Geistlichen betraf und ihre Bezüge und Ruhegenüsse weiter erhöhte. Dazu die Durchführungsverordnung vom 7. Jänner 1921, B.-G.-Bl. Nr. 51.

<sup>4)</sup> Welches Erhöhungen sowohl der Ruhe(Versorgungs-)genüsse der Staats (Bundes-) angestellten und ihrer Hinterbliebenen als auch der Ruhegenüsse katholischer Geistlicher zum Gegenstande hatte.

sich aus diesen Gesetzen eine gewisse gleichzeitige<sup>1)</sup> und in manchen Beziehungen sogar gleichartige Behandlung der ja auch von der Teuerung gleichmäßig betroffenen katholischen Geistlichkeit mit den Staatsangestellten ergibt, und daß in § 37 des Pensionistengesetzes vom 18. März 1920, St.-G.-Bl. Nr. 132, die Regierung ermächtigt wurde, allen unter die verschiedenen Kongruagesetze fallenden katholischen Geistlichen, ob sie jetzt aktive Dienste leisteten oder pensioniert waren, so lange, als die Staatsangestellten Teuerungszulagen erhielten, ebenfalls Teuerungszuwendungen, und zwar im Ausmaße von 70 % der den ledigen Zivilstaatsangestellten bzw. den staatlichen Pensionisten jeweils zukommenden Teuerungszulagen und gleitenden Zulagen zu gewähren, welche Teuerungszulagen dann auch tatsächlich den Geistlichen halbjährlich nachbezahlt wurden.

Durch die große Zahl der rasch nacheinander erschienenen Besoldungsvorschriften hatte sich sowohl bezüglich der Bundesangestellten als auch bezüglich der katholischen Geistlichen ein unklarer und unbefriedigender Zustand ergeben, der zu einer einheitlichen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Regelung drängte. Diese Regelung geschah wieder gleichzeitig für beide Gruppen, und zwar einerseits durch das Bundesgesetz vom 13. Juli 1921, B.-G.-Bl. Nr. 376, zur Regelung der Besoldungsverhältnisse der Bundesangestellten (Besoldungsgesetz) und andererseits durch das Bundesgesetz gleichen Datums, B.-G.-Bl. Nr. 403, „womit einige Bestimmungen des Gesetzes vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, betreffend die Dotation der katholischen Seelsorger, und des Gesetzes vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15, betreffend die Bezüge der Dignitäre und Kanoniker bei den Metropolitan- und Kathedrankapiteln der katholischen Kirche, abgeändert und ergänzt werden (Kongruanovelle 1921)“.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Diese Gleichzeitigkeit der Regelung der Bezüge der Staatsbeamten und der Kongruabezüge hatte auch bereits früher bestanden. So ist zum Beispiel das Kongruagesetz vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, gleichzeitig mit dem die Bezüge der Staatsbeamten regelnden Gesetz vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 172 erschienen.

<sup>2)</sup> Dazu die Durchführungsverordnungen vom 29. August 1921, B.-G.-Bl. Nr. 502, und vom 29. Oktober 1921, B.-G.-Bl. Nr. 612.



Auch dieses neueste Kongruagesetz ließ den bereits seit Kaiser Joseph II. bestehenden Grundgedanken der bisherigen Kongrua-Gesetzgebung unverändert, daß nämlich gewissen Kategorien geistlicher Amtsträger ein bestimmtes standesgemäßes Mindesteinkommen staatlicherseits in der Weise gewährleistet werde, daß dieses zunächst in dem mit dem geistlichen Amte verbundenen Einkommen seine Deckung zu finden habe und erst bei dessen Unzulänglichkeit aus den Religionsfonds bzw. aus der staatlichen Dotation derselben zu ergänzen sei. Es stellte jedoch bezüglich der Berechnung und Höhe dieses standesgemäßen Mindesteinkommens vollständig neue Grundsätze auf und brachte auch im übrigen manche wesentlichen Neuerungen.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Die Richtlinien der Kongruanovelle von 1921 ergeben sich am besten aus den bei der Vorlage des Gesetzentwurfes von der Regierung beigegebenen „Erläuternden Bemerkungen“ (Nr. 362 der Beilagen zu den stenograph. Protokollen des Nationalrates, 1921), deren wesentliche Stellen hiermit wiedergegeben seien: „Seit längerer Zeit wurde gelegentlich von Regelungen der Besoldungsverhältnisse der Staatsbeamten stets auch die materielle Lage jenes Teiles des Klerus, der nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften mit der Ergänzung seiner Kongrua an die Religionsfonds gewiesen ist, einer entsprechenden Verbesserung zugeführt. . . . Der Grundgedanke der bisherigen Gesetzgebung geht dahin, ein standesgemäßes Mindesteinkommen zu garantieren, welches, soweit es in den mit dem geistlichen Amte verbundenen Bezügen nicht gedeckt werden kann, aus den Religionsfonds beziehungsweise aus der staatlichen Dotation derselben zu ergänzen ist. An diesem Grundsatz soll auch in Zukunft festgehalten werden. Es muß nun weiter darauf hingewiesen werden, daß die bisherigen Kongruasätze erheblich hinter jenen Beträgen zurückbleiben, welche den Staatsbeamten mit gleicher Vorbildung, gleichem Dienstalter und analoger sozialer Stellung zukommen. In diesem Zusammenhang darf die bisherige Art der Einbekennung des mit dem geistlichen Amte verbundenen Einkommens nicht außer acht gelassen werden. Die Fassionen können nämlich nach den bisherigen gesetzlichen Anordnungen das bezügliche Einkommen vielfach nicht mit dem vollen Ertrage erfassen. Ihre Angaben können zwar in jenen Fällen ein annähernd richtiges Bild der tatsächlichen Verhältnisse liefern, in denen es sich nicht um eine Ruralpfünde handelt, oder in denen keine größeren Messenstiftungen bei der Pfründe bestehen; andernfalls aber hat der Benefiziat gemäß den bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht den tatsächlichen Ertrag von Grund und Boden, sondern den Katastralreinertrag einzubekennen; weiters hat er

Zunächst wurde abermals der Personenkreis der auf eine Kongruaergänzung anspruchsberechtigten Geistlichen erweitert, indem nunmehr (Art. I) auch den im Gesetz vom 19. Februar 1902, R.-G.-Bl. Nr. 48, berücksichtigten katholischen Seelsorgern an einer Reihe gemeinnütziger Anstalten und den ebendort angeführten priesterlichen Beamten bei den katholischen Ordinariaten, Konsistorien und bischöflichen Seminarien, denen bisher auf Grund des genannten Gesetzes Ruhegehälter aus den Religionsfonds bzw. aus der staatlichen Dotation derselben gewährt wurden, der Anspruch auf ein standesgemäßes Mindesteinkommen (Kongrua) zuerkannt wurde, wobei diese Geistlichen je nach ihrer Dienstleistung selbständigen Seelsorgern bzw. Hilfspriestern gleichgestellt wurden.<sup>1)</sup>

Es wird sonach heute folgenden geistlichen Amtsträgern ein standesgemäßes Minimaleinkommen (Kongrua) aus den Religionsfonds bzw. aus der staatlichen Dotation derselben gewährleistet;

1. Den im § 1 des Gesetzes vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, angeführten selbständigen katholischen Seelsorgern und Hilfspriestern sowie den dort

---

das Recht, die Messenstiftungen aus der Fassion auszuschneiden. . . . Daß der Klerus in seiner weitaus überwiegenden Mehrzahl mit den durch die gegenwärtigen Gesetze fixierten Kongruabeträgen das Auslangen in keiner Weise mehr zu finden vermag, bedarf schon im Hinblick auf die Entwertung des Geldes und die schwierigen Lebensverhältnisse keiner weiteren Ausführung. Es tritt daher an die widmungsgemäß verpflichteten Religionsfonds beziehungsweise an die Staatsverwaltung die Aufgabe heran, dem Klerus jene Einkommensbeträge zu sichern, welche als standesgemäßes Mindesteinkommen bezeichnet werden können. Um nun in dieser Hinsicht gerecht vorgehen zu können und die vorgeschilderten Ungleichheiten zu vermeiden, erscheint es angemessen, die bisherigen Bestimmungen über die Einbekenntnisse einer Novellierung in der Richtung zu unterziehen, daß diese Einbekenntnisse ein zutreffendes Bild des mit dem kirchlichen Amte verbundenen Einkommens liefern. Dann aber ist es auch ein Gebot der Gerechtigkeit, die Kongruasätze auf eine den gegebenen Verhältnissen entsprechende Höhe zu bringen.“

<sup>1)</sup> Vgl. das hierüber in den „Erläuternden Bemerkungen“ der Regierungsvorlage a. a. O. S. 16 Gesagte.

- genannten, systemisierte Hilfspriesterstellen versehen-  
den Inhabern einfacher Benefizien und Religiosen<sup>1)</sup>;  
2. den im Gesetz vom 19. Februar 1902, R.-G.-Bl.  
Nr. 48, berücksichtigten katholischen Anstaltsseel-  
sorgen und priesterlichen Beamten;  
3. den Dignitären und Residentialkanonikern des staat-  
lich anerkannten Personalstandes der Metropolitan-  
und Kathedrankapitel.<sup>2)</sup>

Dieses standesgemäße Minimaleinkommen (Kongrua) besteht aus einem Grundbezug und einem Ortszuschlag (Art. II, § 1) und wird auf folgende Art berechnet<sup>3)</sup>:

Zunächst (Art. II, § 3) erscheinen die anspruchsberechtigten Geistlichen nach ihrer Dienstleistung in sechs Gruppen mit verschiedenen hohen jährlichen Anfangsbezügen eingeteilt.<sup>4)</sup> Für den einzelnen Geistlichen berechnet sich nun

<sup>1)</sup> Der § 1 des Gesetzes vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, wurde voll aufrecht erhalten. — Im Texte wird im Anschluß an die Besprechung der Neuerungen der Kongruanovelle von 1921 eine Übersicht über die wesentlichsten Grundlagen der heute geltenden Kongruavorschriften geboten. Ein Eingehen auf alle Einzelheiten würde über den Rahmen dieser Untersuchung weit hinausgehen. Vgl. darüber die recht praktische Zusammenstellung der geltenden Vorschriften bei Jakob Fried, Die Kongruagesetze in Österreich, Wien 1921. Fried bringt im ersten Abschnitte (S. 3—15) einen historischen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Kongrua, welche ziemlich populär gehaltene Darstellung aber offensichtlich nur zur Orientierung des das Büchlein praktisch anwendenden Lesers dienen soll und keinen Anspruch auf wissenschaftlichen Wert erhebt.

<sup>2)</sup> Gesetz vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15. Die bei Fried a. a. O. S. 16 offenbar versehentlich noch angeführten Konkathedrankapitel gibt es nach dem oben S. 155 Anm. 2 Bemerkten im Gebiete der Republik Österreich nicht mehr.

<sup>3)</sup> Diese etwas komplizierte Berechnungsart ist ganz gleich wie jene, welche durch das Besoldungsgesetz vom 13. Juli 1921, B.-G.-Bl. Nr. 376, für die Berechnung des Einkommens der Bundesangestellten eingeführt worden ist.

<sup>4)</sup> Art. II § 3: „Die unter dieses Gesetz fallenden Geistlichen — mit Ausnahme der unten genannten Hilfspriester — werden in nachstehende Gruppen eingereiht:

Gruppe 1: Hilfspriester nach Vollstreckung einer zweijährigen Dienstzeit im öffentlichen kirchlichen Dienste, mit Ausnahme der in der Gruppe 2 genannten mit . . . . . 17 200 Kr.

der Grundbezug derart, daß für ihn der Anfangsbezug der Gruppe, in welcher der Geistliche seine Dienstleistung beginnt, die Grundlage bildet und dazu einerseits sogenannte Vorrückungsbeträge (Art. II, § 4 und 5) und andererseits sogenannte Unterschiedsbeträge (Art. II, § 9) hinzugerechnet werden.

Die Vorrückungsbeträge sind alle zwei Jahre bis zur Vollendung des effektiven vierzigsten Dienstjahres anfallende, in den verschiedenen Gruppen verschieden hohe Dienstalterszulagen. Die Unterschiedsbeträge dagegen treten nur in Wirksamkeit, wenn ein Geistlicher in eine höhere Gruppe übertritt, und bestehen aus der Differenz zwischen dem Anfangsbezüge der Gruppe, in welcher sich der Geist-

Gruppe 2: Hilfspriester nach Vollstreckung einer zweijährigen Dienstzeit im öffentlichen kirchlichen Dienste, sofern sie am Sitze des Diözesanbischofs, in einer Landeshauptstadt oder an einer außerhalb des Pfarrortes befindlichen Kirche ihren Amtssitz haben, mit . . . . . 18 200 Kr.

Gruppe 3: Selbständige Seelsorger mit Ausnahme der in der Gruppe 4 genannten, mit . . . . . 22 300 Kr.

Gruppe 4: Selbständige Seelsorger am Sitze des Diözesanbischofs oder in einer Landeshauptstadt mit . . . . . 25 500 Kr.

Gruppe 5: Dignitäre und Residentialkanoniker der Metropolitan- und Kathedralkapitel mit . . . . . 33 000 Kr.

Gruppe 6: Erster Dignitär an den Metropolitan- und Kathedralkapiteln mit . . . . . 44 000 Kr.

jährlichem Anfangsbezug.

Vor Vollstreckung von zwei Jahren im öffentlichen kirchlichen Dienste erhalten Hilfspriester einen nicht steigerungsfähigen Grundbezug von 15 300 Kr. Der Anspruch dieser Hilfspriester auf Einreihung in die Gruppe 1 oder 2 ist nach Vollendung der zweijährigen Dienstzeit vom Anspruchsberechtigten bei der zur Anweisung des Minimaleinkommens berufenen Behörde anzumelden.“

Es verdient erwähnt zu werden, daß sich die Angleichung der Kongruabezüge an die Bezüge der Bundesangestellten nicht so sehr daraus ergibt, daß nunmehr ihre Berechnung ganz analog der Berechnung der Bezüge der Bundesangestellten erfolgt, als vielmehr daraus, daß die Anfangsbezüge in den genannten sechs Gruppen den Anfangsbezügen der akademisch vorgebildeten Bundesangestellten in den Besoldungsgruppen XII bis XVIII angeglichen wurden, wobei nur mit Rücksicht auf die Besonderheiten der kirchlichen Stellung wie namentlich auf den regelmäßigen Genuß einer Naturalwohnung u. dgl. ein Abschlag von durchschnittlich 10 bis 20% gegenüber den Anfangsbezügen der korrespondierenden Besoldungsgruppen der Bundesangestellten gemacht wurde.

liche bis jetzt befand, und dem Anfangsbezug der Gruppe, in welche er neu eintritt. Einem in eine höhere Gruppe eintretenden Geistlichen wird sonach sein bisheriger aus dem ursprünglichen Anfangsbezug und den seither angefallenen Vorrückungsbeträgen sich zusammensetzender Grundbezug um den eben erklärten Unterschiedsbetrag erhöht und wachsen nunmehr die zweijährig anfallenden Vorrückungsbeträge in dem für die neue Gruppe bestimmten Beträge (s. Art. II, § 5) zu.<sup>1)</sup>

Zu dem, wie eben auseinandergesetzt, aus dem Anfangsbezug, aus den Vorrückungsbeträgen und aus allfälligen Unterschiedsbeträgen sich zusammensetzenden Grundbezug kommt noch der Ortszuschlag hinzu, welcher nach einem für die verschiedenen Dienstorte verschieden festgesetzten Prozentsatze vom jeweiligen Grundbezug berechnet wird.<sup>2)</sup>

Das aus dem Grundbezug und dem Ortszuschlag bestehende Minimaleinkommen stellt den normalen Gehaltsbezug dar. Mit Rücksicht auf die derzeitigen außergewöhnlichen Währungs- und Teuerungsverhältnisse wurden in Art. VIII Teuerungszulagen vorgesehen und zwar wurde in weiterer Angleichung an die Bezüge der Bundesangestellten allen unter dieses Gesetz fallenden aktiven sowie im Ruhestande befindlichen Geistlichen der Anspruch auf abbaufähige Teuerungszulagen in jenem Ausmaße und unter jenen Voraussetzungen zuerkannt, welche für ledige Bundes-

<sup>1)</sup> Es ist sonach das Dienstalter von gewichtigem Einfluß auf die Höhe der jeweiligen Kongrua eines Geistlichen. In Entgegenkommen gegenüber vielfach geäußerten Wünschen der Geistlichkeit wurde in Art. II § 11 der Kongruanovelle von 1921 auch für die Geistlichen ebenso wie für die Bundesangestellten eine besondere Anrechnung der während des Krieges geleisteten aktiven Militärdienstzeit bzw. während desselben im öffentlichen kirchlichen Dienste zurückgelegten Dienstzeit für die Erreichung von Vorrückungsbeträgen und für die Bemessung der Ruhegenüsse vorgesehen. Die darauf bezüglichen Ausführungsbestimmungen finden sich in der Verordnung vom 5. November 1921, B.-G.-Bl. Nr. 614

<sup>2)</sup> Art. II § 12. Der Ortszuschlag ist mit dem für die Bundesbeamten festgesetzten identisch und beträgt für Wien 100 %, für die Ortsklasse I 90 %, für die Ortsklasse Ia 80 % und für die Ortsklasse II 70 % vom Grundbezug. Die Einreihung der einzelnen Dienstorte in die Ortsklassen ist durch die Verordnung vom 18. Januar 1921, B.-G.-Bl. Nr. 72 erfolgt. Eine Novellierung der Ortsklasseneinteilung ist im Zuge.

beamte bzw. pensionierte Bundes (Zivilstaats-) beamte an dem in Betracht kommenden Orte jeweils festgesetzt sind. Diese Bestimmungen über die Teuerungszulagen haben sich in der Folge als ganz besonders praktisch wichtig erwiesen, weil sich die Verhältnisse derart entwickelt haben, daß derzeit die Teuerungszulagen den weitaus überwiegenden Teil des Einkommens darstellen und es durch die erwähnten Bestimmungen ermöglicht wurde, ohne Erlassung neuer gesetzlicher Vorschriften das Einkommen der unter dieses Gesetz fallenden Geistlichen in analoger Weise wie dasjenige der Bundesbeamten der immer wahnsinniger werdenden Teuerung wenigstens etwas anzupassen.

Allen unter die Bestimmungen der Kongruanovelle von 1921 fallenden katholischen Geistlichen erkennt dieses Gesetz (Art. VII) für den Fall ihrer Dienstunfähigkeit den Anspruch auf Ruhegenüsse zu. Dies bedeutet eine wichtige Neuerung, weil dadurch in Ergänzung der Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Januar 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15, auch die Domherren für den Fall ihrer Inhabilität ruhegenußanspruchsberechtigt wurden.

Auch die Grundlagen der Ruhegenußberechnung, welche nunmehr in Prozenten bestimmter Bestandteile der Aktivbezüge nach der Anzahl der Dienstjahre erfolgt, wurden jener der Bundesbeamten angeglichen. Nur so viel sei erwähnt, daß der Ruhegenuß von nun ab nach einer anrechenbaren Dienstzeit von 35 Jahren im allgemeinen den vollen normalen aus Grundbezug und Ortszuschlag bestehenden Aktivbezügen gleichkommt<sup>1)</sup>, und daß auch Zulagen unter bestimmten Voraussetzungen für die Ruhegenußberechnung in Betracht kommen können. Diese neue Ruhegenußberechnung war außer dem Umstande, daß sie eine angemessene Erhöhung der bisherigen ziemlich unzureichenden Ruhegehälter brachte, auch dadurch notwendig geworden, daß das bisherige Pensionssystem mit Rücksicht auf den nunmehrigen Aufbau der Kongrua unanwendbar geworden war.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> „im allgemeinen“, denn die Bestimmungen des Art. VII § 2/2 und 3 können auch da noch gewisse Verschiedenheiten begründen.

<sup>2)</sup> Die Regelung der Ruhegehälter der geistlichen „Altpensionisten“

Entsprechend dem beibehaltenen Grundgedanken der bisherigen Kongrua-Gesetzgebung, daß für die Deckung des standesgemäßen Mindesteinkommens in erster Linie die mit dem geistlichen Amte verbundenen Bezüge in Betracht kommen<sup>1)</sup>, hat auch nach der neuesten Kongruanovelle das Einbekenntnis der mit dem geistlichen Amte verbundenen Einnahmen und Ausgaben seine Bedeutung beibehalten. Ja es hat in gewissem Sinne sogar noch an Bedeutung gewonnen, da mit Rücksicht auf das Bestreben der Kongruanovelle von 1921, den Zeitverhältnissen angemessene, eine standesgemäße Lebenshaltung tatsächlich ermöglichende Bezüge festzusetzen, jeder Grund einer besonderen Begünstigung wegfiel und deshalb mit dem bisherigen System der „fiktiven Fassionen“ gebrochen wurde. Die Einbekenntnisse sollen von nun an ein möglichst wahres Bild des tatsächlichen Reineinkommens liefern. Dies machte Änderungen in den einschlägigen bisherigen Vorschriften notwendig. Insbesondere ist nunmehr (Art. III/2 und Art. IV/1) der Ertrag von Grund und Boden nicht mehr nach dem Katastralreinertrage, sondern nach dem tatsächlichen Reinertrage in seiner wirklichen Höhe einzubekennen. Ferner unterliegt von jetzt ab (Art. III/4 und Art. IV/2) entgegen den bisherigen Bestimmungen auch „das Erträgnis der mit einem bestimmten Betrage errichteten Stiftungen für Messen und andere gottesdienstliche Handlungen“ der Einrechnung in das Lokaleinkommen. Um durch Stiftmessen belastete Pfründeninhaber für den Entgang etwaiger Manualmeß-Stipendien schadlos zu halten, wurde (Art. III/6 und Art. IV/5) die Einsetzung des „diözesanüblichen Stipendiumbetrages für die auf dem Einkommen haftenden

soll durch ein voraussichtlich noch im Jahre 1922 zur Verabschiedung gelangendes Gesetz erfolgen. Den Text der darauf bezüglichen Gesetzesvorlage bringt Fried a. a. O. S. 100 ff.

<sup>1)</sup> Vgl. die aufrecht erhaltenen darauf bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15, § 1 Abs. 1, vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, § 1 Abs. 1 und § 13 Abs. 2, vom 19. Februar 1902, R.-G.-Bl. Nr. 48, § 1 d und § 2, und auch Art. VIII Abs. 2 der Kongruanovelle von 1921. Vgl. auch Abs. 1 der „Erläuternden Bemerkungen“ der Regierungsvorlage a. a. O. S. 15 (zitiert auch in der vorliegenden Untersuchung oben S. 158 Anm. 1).

Messen, soweit derselbe das Erträgnis der betreffenden Stiftungen nicht überschreitet“, unter die Ausgabeposten gestattet.<sup>1)</sup>

Im vorstehenden wurden die Grundlinien der nach der Novelle von 1921 derzeit geltenden Kongrua-Vorschriften<sup>2)</sup> unter Betonung der Neuerungen kurz dargestellt. Bezüglich der Einzelheiten und weniger wesentlichen Bestimmungen muß auf das Gesetz verwiesen werden.<sup>3)</sup> Nur darauf sei noch hingewiesen, daß die durch die Kongruanovelle von 1921 durchgeführte Angleichung der Gehalts- und Ruhegeußbezüge der katholischen Geistlichen an die Besoldungsordnung der Bundesbeamten auch für die Zukunft automatisch dadurch gesichert erscheint, daß Art. XI der No-

<sup>1)</sup> Natürlich sind auch die in Pauschalbeträgen einzusetzenden Ausgabeposten auf eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Höhe zu bringen. Dies wurde bezüglich der in den Einbekenntnissen der Seelsorger zu passierenden Kanzleiauslagen für die Matrikenführung durch die Verordnung vom 5. November 1921, B.-G.-Bl. Nr. 613, bereits durchgeführt. Bezüglich der Auslagen für die Führung des Dekanatsamtes ist eine ähnliche Verordnung in Aussicht gestellt (lt. Verordn. vom 29. Oktober 1921, B.-G.-Bl. Nr. 612, § 4, A/IIb). — Vgl. auch den, Weisungen für die Fassionslegung enthaltenden Kult.-Min.-Erl. vom 29. Oktober 1921, Z. 2600 (bei Fried a. a. O. S. 78 ff.).

<sup>2)</sup> Außer der Kongruanovelle vom 13. Juli 1921, B.-G.-Bl. Nr. 403, gelten in Kongruasachen derzeit (wenn man von den geistlichen Altpensionisten absieht) nur noch die mit der genannten Novelle nicht im Widerspruch stehenden Bestimmungen der Gesetze vom 7. Jänner 1894, R.-G.-Bl. Nr. 15, vom 19. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 176, und vom 19. Februar 1902, R.-G.-Bl. Nr. 48.

<sup>3)</sup> Dies gilt insbesondere hinsichtlich einzelner Bestimmungen über die Vorrückungsbeträge und die allfällige zeitweise oder dauernde Einstellung des Anfalles derselben (Art. II, § 5—7), ferner hinsichtlich der Bestimmungen über den Eintritt aus einer höheren in eine niedrigere Gruppe (Art. II, § 10), über die die Einbekenntnisse betreffenden Einzelheiten (Art. III—V), über die Remunerationen der Provisoren erledigter Pfründen, der Exkurrendoprovisoren, der Hilfspriester, welche einen dauernd dienstunfähigen selbständigen Seelsorger gänzlich vertreten, und der selbständigen Seelsorger, welche neben den ihnen selbst obliegenden Verbindlichkeiten auch noch die systemisierte, aber vakante Stelle eines Hilfspriesters versehen (Art. VI, § 1—3), weiter hinsichtlich der Bestimmungen über die Hintanhaltung von Doppelbezügen (Art. VI, § 4 und Art. VIII, Abs. 4), über die Auszahlung der Bezüge an Geistliche, die ihren Dienstort im Zollaussland haben (Art. IX) u. dgl. m.



velle vorschreibt; „Werden die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 13. Juli 1921, B.-G.-Bl. Nr. 376, wegen Regelung der Besoldungsverhältnisse der Bundesangestellten (Besoldungsgesetz) über die Bezüge dieser Angestellten geändert, so ist im gleichen Verhältnis auch die Änderung der Bezüge der unter das gegenwärtige Gesetz fallenden Geistlichen durchzuführen.“

## VII. Schlußbemerkung.

Wenn wir die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit überblicken, dann finden wir, daß es eigentlich nicht das Wesen des Rechtsinstitutes der staatlichen Kongrua als solches gewesen war, welches den Gegenstand der Entwicklung gebildet hatte. Die Rechtsnatur der staatlichen Kongrua als eines standesgemäßen Mindesteinkommens, das gewissen Kategorien geistlicher Amtsträger, insbesondere den Seelsorgern, zuerkannt wird und das zunächst aus den mit dem geistlichen Amte verbundenen Bezügen zu ist decken und bei deren Unzulänglichkeit aus den Religionsfonds bzw. aus der staatlichen Dotation derselben und somit vom Staate gewährleistet wird, erhellt ja bereits aus den josephinischen Kongrua-Vorschriften und ist bis heute unverändert festgehalten worden. Auch nicht die Ausgestaltung der durch die Verschiedenheiten der praktischen Fälle erforderten zahllosen Anwendungsvorschriften bildete den Hauptgegenstand der Entwicklung. Der Grund, warum sich die Gesetzgebung so oft mit der „Kongrua“ zu beschäftigen hatte, lag vielmehr in erster Linie darin, daß teils infolge Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel, teils infolge ungleicher Berücksichtigung sonst gleichartiger Verhältnisse schon von vornherein und auch in der Folge die sonst klar erkannten Prinzipien des Rechtsinstitutes der Kongrua weder restlos noch gleichmäßig zur Anwendung gelangten. Es sei nur daran erinnert, was hierüber insbesondere im Kapitel II gesagt worden ist. Die Entwicklung ist nun dahin gerichtet gewesen, diese Mängel der jeweiligen Kongrua-Vorschriften zu beseitigen. Genau betrachtet ging also die Entwicklung dahin, den Grundsätzen des Rechtsinstitutes der Kongrua

volle Geltung zu verschaffen. Haben wir dies einmal erkannt, dann will es uns scheinen, daß die Kongrua-Gesetzgebung in Österreich gegenwärtig zu einem gewissen Abschlusse gelangt ist, denn durch die Kongruanovelle von 1921 ist tatsächlich den Grundprinzipien unseres Rechtsinstitutes im weitesten Maße Rechnung getragen worden: die Kongruasätze erscheinen nach Vorbildung, Rang, Dienstalter und Ortsverhältnissen entsprechend ausgemessen, der Personenkreis der auf eine Kongruaergänzung anspruchsberechtigten Geistlichen ist so weit gezogen worden, daß eine noch weitergehende Ausdehnung desselben wohl nicht begründet wäre, und durch das in den Vorschriften über die Einbekenntnisse des Lokaleinkommens zum Durchbruch gelangte Prinzip der Wahrheit sind einerseits grundlose Verschiedenheiten beseitigt und ist andererseits die Möglichkeit ziemlich ausgeschlossen worden, daß sachlich ungerechtfertigte Kongruaergänzungen gewährt werden. Berücksichtigt man weiter, daß dieser den allerdings durch lange Zeit nicht restlos und konsequent durchgeführten, aber immer anerkannten Prinzipien der österreichischen Kongrua-Gesetzgebung voll entsprechende Rechtszustand durch die gesetzlich vorgesehene automatische Angleichung an etwaige Änderungen in der Besoldung der Bundesbeamten auch für die Zukunft gewährt zu sein scheint, dann erscheinen zukünftige wesentlichere Änderungen der heute geltenden Kongrua-Vorschriften wenig wahrscheinlich, mindestens, solange sich das heutige Verhältnis von Staat und Kirche in Österreich nicht wesentlich ändert. Es kann daher die vorliegende Untersuchung den Anspruch erheben, ein sowohl sachlich als auch zeitlich in sich abgeschlossenes Kapitel der Geschichte des österreichischen Staatskirchenrechtes zur Darstellung gebracht zu haben.

---